

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimetergasse 40 Pf. Plagiaten ausgeschlossen. ♦ Postfach-Ronto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Ronto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Kampfweihnachten 1930!

P. Z. Wenn in diesem Jahre die Glocken der Christenwelt zu Weihnachten ihre Friedensklänge über Land senden, dann wird der Feinhörige wohl häßliche Misttöne herausklingen hören. Diese Friedensklänge werden untermischt sein von millionenfachen Flüssen hungriger und verelender Menschen. Fünfzehn bis achtzehn Millionen, die keine Arbeitsmöglichkeit mehr zu finden wissen, zählt die Statistik in den Hauptwirtschaftsstaaten. Deutschland allein ist hieran mit rund vier Millionen beteiligt.

Gewiß, wir haben unsere Arbeitslosenversicherung, die den arbeitslos werdenden Arbeiter eine Zeitlang vor der größten Not bewahrt. Aber wie gesagt: nur eine Zeitlang! Die Zahl derjenigen, die wegen allzulanger Arbeitslosigkeit aus der Versicherung ausgesteuert werden und der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen, wächst von Tag zu Tag. Und aus dieser Entwicklung erstet erst das eigentliche gesellschaftspolitische Problem der sogenannten Reservearmee (Arbeitsuchende).

Wahrscheinlich wird die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sehr bald höher sein als diejenige, die man vor kurzem noch einer Berechnung für den finanziellen Ausbau der Arbeitslosenversicherung selbst zugrunde legte. Es ist deshalb klar, daß gerade

die Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen

sehr bald die wichtigste Aufgabe ist, die uns in sozial- und damit auch staatspolitischer Hinsicht gestellt sein wird.

Heute schon besteht in vielen großen Städten effektiv die Unmöglichkeit, über die normale Verwaltungspolitik, auf dem Wege der Selbstverwaltung, dieser Aufgabe Herr zu werden. Dabei befinden wir uns erst am Anfang dieser Entwicklung. Die Städte selbst sind sich der ganzen Schwere dieser Aufgabe anscheinend noch gar nicht bewußt geworden. Wie sonst wäre es möglich, daß schon jetzt einzelne Stadtverwaltungen sich ihres Selbstverwaltungsrechtes begeben und sich hinter die Diktatur eines Staatskommissars flüchten!

Das Bürgertum und seine Parteien verkennen die gegenwärtige Situation. Man ist auf dieser Seite ganz eingestell — nach dem Gebote privatkapitalistischer Gesellschaftsauffassung — auf die unbedingte und beste Sicherung und Wahrung der eigenen Interessen.

Eine Verpflichtung zur sozialen Solidarität und zur gegenseitigen Hilfe erscheint dem liberalistischen und privatkapitalistischen Denken absurd. Mögen die Opfer dieser Wirtschaftsordnung sehen, wo sie bleiben: diese Welt gehört eben den Glücklichen!

Wir sind zwar der Auffassung, daß die Brutalität des sozialen Lebensprozesses, wie er sich zurzeit vollzieht, hier sehr bald korrigierend einwirken wird. Zu wünschen wäre nur, daß die höchstverantwortlichen Stellen in der Regierung und ihre beauftragten Organe sich der ganzen Bedeutung dieser Frage bewußt und zu entschlossenem Handeln bereit sind. Es könnte sonst sehr leicht vorkommen, daß ihnen das Gesetz des Handelns vorgeschrieben würde von Bedingungen, die auf alles andere, nur nicht auf Frieden auf Erden und Wohlgefallen unter den Menschen schließen ließen. — Aber wo liegt

der Weg zur richtigen Lösung?

Wir sehen ihn klar vorgezeichnet. Der einzige Weg, der zur Lösung der hier gestellten Aufgabe führt, liegt in der Politik des sozialen Ausgleichs aller Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensmöglichkeiten innerhalb unserer Gesellschaftswirtschaft.

Ein sozialer Ausgleich der vorhandenen Wirtschaftsmöglichkeiten ist nur zu erreichen durch eine allgemeine Wirtschaftskontrolle bzw. Reichsaufsicht über alle Kartelle und Monopolgebilde im Wirtschaftsleben. Diese Kontrolle hätte sich nicht nur auf eine Kontrolle der Produktions- und Marktpolitik dieser Gebilde zu erstrecken, sondern vor allem auch auf deren Finanzpolitik. Das ist vorerst der einzige Weg, um zu einer Volkswirtschaft zu kommen, in der nicht allein der Profit als Ziel des Wirtschaftens gilt, sondern in der in erster Linie das Bestreben herrscht, alle Wirtschaftsmöglichkeiten zur notwendigen Bedarfsdeckung für die ganze Wirtschaftsgesellschaft zu erschließen.

Könnte es gelingen, eine solche Kontrolle zu schaffen, wie sie ja jetzt von der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag verlangt wurde, dann müßte sich das wirtschaftsbelebend auswirken. Das müßte, heute unkontrollier-

bare Spekulationsgeschäft würde dann sehr erschwert werden. Heute sind es Milliarden, die diesem Geschäft dienstbar gemacht werden können sowohl an inländischen als auch an ausländischen Börsen.

Bestünde hier eine öffentlich-legale Kontrolle, dann würden diese dunklen Geschäfte sehr bald von der Entdeckung des betrogenen Volkes unterbunden werden. Das hätte weiter zur Folge, daß solche der Spekulation und der Schiebung dienende Kapitale der Volkswirtschaft selbst nutzbar gemacht würden, sei es in der Schaffung neuer Arbeitsstätten, sei es in Stärkung der Kaufkraft durch Preisentzug und Lohnerhöhung, was wiederum Schaffung neuer Arbeitsstätten nach sich ziehen müßte.

Der soziale Ausgleich der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten läßt sich allein über eine Arbeitszeitverkürzung

Erlöst euch selbst!

Geh, Weihnachtsglocke, in heiliger Nacht
Durch Dörfer und durch Städte:

In Villen siehst du Lust und Pracht,
In Hütten Gram und Nöte.

Die einen schwimmen im Ueberfluß,
Halleluja! Halleluja!

Die andern würgt der Lebensverdruß,
Das Fest der Liebe ist da!

Und wieder schallt der alte Sang
Vom Frieden und Wohlgefallen,

Des Worte wieder mit dem Klang
Der Weihnachtsglocken verhallen.

Die Botschaft, die vom Himmel kam,
Geht wieder in die Binsen,

Und wieder werden Not und Gram
Im Heim des Armen grinsen.

So bleibt es in die Ewigkeit,

Wenn sich die Hütten nicht rühren,
Wenn sie dem Herold der neuen Zeit

Nicht öffnen Fenster und Türen.

Erhebt euch, ihr Armen, vom Heu und Stroh
Und folgt der Botschaft von heute:

Erlöst euch selbst! Dann klingt euch froh
Der neuen Weihnacht Geläute!

Victor Kalinowski.

erreichen, um welche Maßnahme auf die Dauer ja gar nicht herumzukommen ist. Leider aber scheint auch hier die Eigenart der Deutschen den Sieg davonzutragen, mit allen notwendigen politischen und sozialen Maßnahmen zu spät zu kommen, um größeren Schaden zu verhüten.

Ein sozialer Ausgleich aller Lebensmöglichkeiten besteht in der solidarischen

Haftung aller Gesellschaftsglieder

gegenüber den mit dieser Wirtschaftsordnung verbundenen Gefahren. Hier liegt die zurzeit brennendste Frage, die wir ja eingangs dieses Artikels berührt haben. Um es klar auszusprechen: die aktiven Einkommen aller noch in der Wirtschaft Tätigen müssen in jedem notwendigen Ausmaße zum Unterhalt der sozialen Krisenopfer herangezogen werden.

Dieser Forderung gegenüber aber findet sich das Bürgertum in geschlossener Abwehr zusammen, angefangen vom Zentrum bis zu den Nazis. Gerade in diesen Tagen konnte ja die Probe aufs Exempel gemacht werden. Dem Reichstage lag nämlich folgender Antrag vor:

1. Die Höchstgrenze für alle Gehälter und Einkommen von Beamten und Angestellten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen beträgt jährlich 8000 M., die Höchstgrenze für alle Pensionen 6000 M.

2. Alle Vermögen über 500 000 M. werden einer einmaligen Steuer von 20 Prozent unterworfen.

3. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 Prozent der Ausschüttung unterworfen.

4. Alle Aufsichtsratsentlohnungen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent.

5. Alle Einkommen über 50 000 M. werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent jährlich belegt.

Infolge der kapitalfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Anträge mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten nur Sozialdemokraten und Kommunisten. Hätten die Nationalsozialisten für diese Anträge gestimmt, so wären sie mit etwa 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden. So haben sich die Nationalsozialisten selbst die Maske vom Gesicht gerissen! Sie sind und bleiben entgegen allen ihren Versicherungen und Ankündigungen die Schutztruppe des Kapitals!

All das aber hindert diese ganze bürgerliche Gesellschaft nicht, in diesen Tagen ihre Lieder von Frieden und Wohlgefallen unter den Menschen zu krächzen und an der Krippe des „armen Jesulein auf Heu und auf Stroh“ ihren Dank abzustatten, daß „der Marxismus mit seinem traffen Materialismus“ vergebens einen Anschlag auf ihren geheiligten Geldsack verjuchte.

Vielleicht wird man uns auch wieder in diesem Jahre wegen solcher Feststellungen am Weihnachtsfeste der Religionshege zeihen. Vielleicht. — Aber mögen sie es tun, wir kämpfen unentwegt um wahres Menschentum mit, das nur in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich sein wird. Wir können deshalb gerade an diesem Weihnachtsfeste nicht die Friedensschalmeien blasen. Für die Proletariatsklasse heißt die Parole: Kampf!

Kampf um wahren Menschheitsfrieden! In diesem Wollen sind sich die sozialistischen Arbeiter der ganzen Welt einig. Friede — Freiheit — Brot! Das ist die Losung, die wir unseren Klassengenossen zu geben haben. Diese Losung in ein festes Lebensverhältnis umzuwandeln, wird noch viel Arbeit kosten. Vorerst wird sie noch übertrönt von der Losung der privatkapitalistischen Reaktion:

Krieg — Knechtschaft — Ausbeutung!

Hierin ist sich der internationale Kapitalismus einig. Die letzte Abrüstungskonferenz hat das aufs neue bewiesen. Der einzige Sinn dieser Konferenz war, mit friedensstiftenden heuchlerischen Reden die maßlose Rüstungspolitik zu verschleiern, die heute in der ganzen Welt geübt wird. Nachstehend ein paar Zahlen darüber, wie es diesbezüglich in der Welt aussieht:

Es beträgt die Friedensstärke Rußlands 1 200 000, Frankreichs 650 700, Italiens 638 300, Polens 299 041, Englands 186 100 und Deutschlands 100 000 Mann.

An schweren Geschützen besitzt Frankreich 1172, Italien 650, Rußland 600, Polen 426, England 400 und Deutschland 22.

An leichten Geschützen besitzt Rußland 2400, England 1700, Frankreich 1452, Polen 1284, Italien 1200 und Deutschland 288.

An Maschinengewehren besitzt Frankreich 37 000, Rußland 23 000, England 13 000, Polen 9700, Italien 4300 und Deutschland 1926.

An Tanks besitzt Frankreich 2500, Rußland 250, Italien 250, England 200, Polen 100 und Deutschland keine.

An Kriegsflugzeugen besitzt Frankreich 4667, England 1547, Rußland 1400, Italien 1160, Polen 1000. Deutschland besitzt nur Handelsflugzeuge.

Diese Zahlen sprechen deutlicher als alle Worte. An diesem Weihnachtsfeste Frieden auf Erden zu singen ist blutiger Hohn auf die Wirklichkeit! Vielleicht versteht man nach diesen kurzen Darlegungen besser, was unser Dichter Kalinowski in dem nebenstehenden Weihnachtsgedicht sagen will. Es ist die Mahnung, nicht nur im leeren Sippenbekenntnis sich für Frieden und menschliches Wohlgefallen zu entscheiden, sondern in lebendiger Tat dafür zu wirken.

Die organisierte Arbeiterklasse handelt nach dieser Erkenntnis und gilt insoweit als der zeitliche Herold, der mit seinen Streikern dem schaffenden Volke allein den sozialen Frieden und damit der Menschheit das Heil der sozialen Erlösung zu schaffen vermag.

Tagung der Bergarbeiterinternationale.

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale tagte am 8. und 9. Dezember d. J. in Berlin. Wegen des noch schwebenden Konflikts im englischen Bergbau war für England nur Cool anwesend, sonst waren vertreten Deutschland durch Hufemann, Dr. Berger, Limbergh, Schmidt, Frankreich durch Wigne und Quintin, Belgien durch Defardin und Delattre, Holland durch van de Bilt, Schweden durch Mattson, Tschechoslowakei durch Pohl, Jarolim und Brozil, Oesterreich durch Zwanzger.

Kamerad Hufemann, der als Vizepräsident die Verhandlungen leitete, gedachte zunächst der vielen hundert Opfer des Bergbaues, die seit der letzten Konferenz in Lüttich zu beklagen sind. Das Protokoll von Lüttich wurde genehmigt, nachdem eine der dort besprochenen Fragen debattiert und eine Anmerkung der tschechischen Delegation dem Protokoll angehängt wurde. Zum Punkt:

Die Lage der Bergbauindustrie

lag wie gewöhnlich ein deutscher Bericht vor, außerdem ein kurzer polnischer und amerikanischer, die übrigen Berichte wurden mündlich gegeben. Den deutschen Bericht wiederholten wir nicht, da seine Angaben allgemein bekannt sind. Dem Bericht aus den Vereinigten Staaten ist zu entnehmen:

Die Lage in den Weichholengebietern zeigt eine leichte Besserung, die Arbeitslosigkeit ist aber noch groß. In den organisierten Bezirken sind Löhne und Arbeitszeit noch nach Tarif, in den weniger organisierten Bezirken mußten eine Menge Kämpfe um diese Positionen geführt werden, besonders in Kentucky.

In den Anthrazitgebieten arbeiten 155 000 Bergleute ziemlich regelmäßig und zu tariflichen Bedingungen. Von dem letzten Wahlsieg der Demokraten hofft man günstigere Stimmung für die Bergarbeiter im Parlament. Die neuen Mitglieder nehmen allerdings erst im Frühjahr ihre Plätze ein.

Polen.

Dem Bericht über den polnischen Bergbau entnehmen wir: Die Lage im Jahre 1929.

Die Gesamtförderung der Steinkohle betrug im Jahre 1929 46 236 000 To., das sind 13 Prozent mehr als im Jahre 1928.

Der Gesamtabsatz ohne Selbstverbrauch der Gruben betrug im Jahre 1929 41 493 600 To., das sind ca. 12 Prozent mehr als im Jahre 1928.

Der Inlandsabsatz betrug im Jahre 1929 27 122 684 To., der Auslandsexport 14 370 846 To.

Danach erhöhte sich der Inlandsabsatz im Jahre 1929 im Verhältnis zum Jahre 1928 um ca. 15 Prozent, der Export um 7 Prozent.

Die Gesamtarbeiterzahl betrug im Anfang des Jahres 1929 119 413 und im Anfang des Jahres 1930 135 289. Danach erhöhte sich die Arbeiterzahl um ca. 13 Prozent.

Die durchschnittliche Förderung betrug im Jahre 1929 pro Tag und Arbeiter 1285 Kg.

Der Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht betrug am Anfang des Jahres 1929 9,20 Zloty und am Ende 10,21 Zloty. Danach erhöhte sich im Jahre 1929 der Schichtverdienst der Arbeiter um ca. 11 Prozent.

Der Preis pro Tonne Kohle ab Bergwerk für Inlandsmarkt betrug im Jahre 1929 durchschnittlich 36 bis 40 Zloty, für den Export auf die nordischen Märkte 27 bis 30 Zloty.

Die Lage im Jahre 1930.

Die günstige Lage in der Bergbauindustrie während des Jahres 1929 hat sich im Jahre 1930 fast wesentlich verschlechtert. Seit Anfang April 1930 begann fast auf allen Gruben die Kurzarbeit. Es wurden bis September nur vier Tage in der Woche gearbeitet. Einige Werke arbeiteten ab und zu fünf Tage in der Woche.

Der Monat November hat eine Besserung gebracht. Die Gruben gingen zu fünf Schichten über, einige auch zu sechs Schichten in der Woche.

Die Besserung ist aber nur Winterjahresbesserung. Wenn der erhöhte Winterbedarf an Kohle gedeckt ist, werden wir wieder mit Kurzarbeit rechnen müssen.

Die Krise des Jahres 1930 forderte auch Arbeiterentlassungen, und zwar sank die Arbeiterzahl von 135 289 am Anfang des Jahres bis auf 128 884 im November, das ist ein Rückgang von 17 Prozent.

Die Schichtförderung pro Arbeiter sank im Jahre 1930 um ca. 19 Kg. Sie betrug im Jahre 1929 pro Kopf und Schicht 1285 Kg. und im Jahre 1930 1266 Kg., das sind ca. 1,5 Prozent weniger.

Der Durchschnittsverdienst ist auch etwas gesunken im Jahre 1930 im Verhältnis zum Jahre 1929, und zwar von 10,21 Zloty im Jahre 1929 auf 9,97 Zloty im Jahre 1930 oder um ca. 1,5 Prozent.

Der Realwert der Löhne ist aber nicht gesunken, da der Lebensindex um ca. 14 Prozent gefallen ist. Die Lebenslage der Bergleute ist aber im Jahre 1930 schlechter als im Jahre 1929, da der Gesamtverdienst im Jahre 1930 durch die enorme Zahl der Feierlichkeiten wesentlich niedriger ist als im Jahre 1929.

Die Arbeitgeberverbände haben mit Dezember die Löhne gekündigt. Sie wollen unter dem Vorwand, daß die Lebensmittelpreise gefallen sind, die Löhne ab 1. Januar reduzieren.

Um wieviel der Inlandsabsatz und der Export im Jahre 1930 niedriger sind als im Jahre 1929, läßt sich erst nach Schluß des Jahres richtig feststellen, da die Monatsabsätze sehr verschieden sind. Man kann aber schon jetzt feststellen, daß sowohl der Inlandsabsatz wie auch der Auslandsabsatz im Jahre 1930 viel niedriger sind als im Jahre 1929.

Die Lage in der Tschechoslowakei

ist ungünstiger. Die Belegschaft war etwas gesunken, hat sich dann aber wieder um 1,5 Prozent gehoben. Die Förderleistung ist in Steinkohle- und Braunkohle gestiegen. Die Ausfuhr ging in den ersten neun Monaten im Vergleich zum Vorjahr von 4½ auf 3½ Mill. To. zurück. Die Einfuhr blieb fast gleich. Die Krise zeigte sich in 2½ Millionen Feierlichkeiten mehr als 1929, der Lohnausfall dadurch betrug 105 Millionen Kronen. Die meisten Schächte arbeiten nur vier oder fünf Schichten in der Woche. Wie fast überall, verschleudern die Unternehmer Kohle ins Ausland und halten im Inland die Preise hoch. Nach Wien wurden 10 Tonnen Kohlen geliefert um 855 bis 980 Kronen, die im Inland 1300 bis 1700 Kronen kosten. Polnische Kohle wurde noch billiger, um 22 bis 25 Zloty ab Gruben geliefert. Der in die Tschechoslowakei gehende Vorteil für die polnischen Gruben liegt in der Frachtabwen-

tion, 10 Kronen Fracht je Tonne bis an die Grenze. Die Löhne blieben unverändert, nur wird der Lohn nicht mehr alle vierzehn Tage, sondern nur zweimal im Monat gezahlt. Die Lohnabbauaktion in benachbarten Ländern bedroht aber auch die Tschechoslowakei!

Oesterreichs Bergbau

ist bekanntlich von geringerer Bedeutung. In der Steinkohle arbeiten nur 900, in der Braunkohle 11 000 Arbeiter. Die Belegschaft ist weiter gesunken, Produktion und Kopfleistung aber gestiegen. Im Erzbergbau wird nur noch 53 Stunden im zwei Wochen gearbeitet, hier verdient oft ein arbeitender Bergmann weniger als ein Arbeitsloser!

Belgien

zeigt ebenfalls krisenhafte Zustände im Bergbau. Die Halbenbestände sind von 4 Tagesmengen Anfang des Jahres auf 25 Tagesmengen gestiegen. So hoch waren sie noch nie. Arbeitslosigkeit ist nicht nennenswert vorhanden, aber manche Gruben legen eine oder zwei Feiertage die Woche ein. Holländische Kohle wird 20 bis 30 Prozent billiger geliefert als belgische Kohle. Die Löhne wurden 1926 bis zu 16 Proz. über den Tarif erhöht, in diesem Jahre erfolgte ein Abbau, der die Löhne stellenweise bis auf den Tariflohn herabdrückte.

Holland

ist immer noch am besten daran. Es steigerte in diesem Jahre seine Förderung von 11½ auf 12 Mill. To., während es selbst 13 Mill. To. braucht. Die Belegschaft ist auf 37 000 gestiegen, die Annahme ausländischer Arbeiter ist aber eingestellt worden. Die Unternehmer klagen, sie wollen 5 Proz. Lohnzulage vom vorigen Jahre in Teilschnitten abbauen. Dabei machte Oranje-Rassau, vier Gruben und eine Importgesellschaft, vom Juni 1929 bis 1930 drei Millionen Gulden Reingewinn. Eine Verständigung auch der Staatsgruben mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenbund brachte eine Erhöhung des Inlandskohlenpreises auf 21,50 Gulden. Die Organisation verfuhr die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen, sie fordert höheren Lohn für geringer bezahlte Gruppen und Lohn für sechs religiöse Feiertage. Die Förderleistung ist auf 1250 bis 1300 Kg. gestiegen, ist also doppelt so hoch wie in Belgien. Die Technik ist sehr fortgeschritten, Nebenprodukte werden in hochmodernen Anlagen gewonnen.

Ueber die Lage in England

berichtete Cool: Die Lage in England ist äußerst schwer. England steht im Mittelpunkt des Sturmes, der durch die Kohlenindustrie geht. Die Anzahl der Bergarbeiter ist mit 890 000 etwas größer als im vorigen Jahre. Ueber 250 000 sind aber noch arbeitslos. Den Mittelpunkt des gegenwärtigen Streites bildet das Kohlengesetz von 1930. Der Teil des Gesetzes, der sich auf die Arbeitszeit (7½ Stunden) bezieht, trat am 1. Dezember 1930 in Kraft. Die Unternehmer und ihre Presse forderten die Suspendierung dieses Gesetzteiles. Sie beriefen sich dabei auf die Herabsetzung der Arbeitslöhne in Deutschland, auf die Tarifpolitik der polnischen Eisenbahn usw. Dem Verlangen der Unternehmer widersetzten sich die Arbeiter und auch die Regierung. Die Unternehmer versuchten nun mit allen Mitteln, das Gesetz zu sabotieren. So weigerten sie sich, sich an dem durch Gesetz bestimmten Nationalrat zu beteiligen. Die Regierung antwortete darauf, indem sie von sich aus das Gesetz durchzuführen begann. Sie setzte Quoten und Preise für die einzelnen Reviere fest. Diese Maßnahmen haben eine Erhöhung des Kohlenpreises im Inland zur Folge gehabt. Die Unternehmer vertreten den Standpunkt, daß bei der im Gesetz vorgesehenen Verkürzung der Arbeitszeit auch der Arbeitslohn reduziert werden müßte. Dagegen wandten sich die Arbeiter einmütig. Die Lage war sehr uneinheitlich. Vier Reviere wurden durch das Gesetz überhaupt nicht berührt, die 265 000 Bergleute arbeiteten dort fünf Tage 7½ Stunden und Sonnabends 6 Stunden. Die Maximalarbeitszeit des Gesetzes von 45 Stunden war hier also mit 1½ Stunden unterschritten. Sechzehn andere Reviere mit 625 000 Bergleuten wurden von dem Gesetz betroffen. Hier wurde an fünf Tagen 8 Stunden und am Sonnabend 6 Stunden gearbeitet. Die Forderung der Unternehmer auf Lohnminderung machte etwa 13 Millionen Pfund im Jahre aus. Sie hätte die einzelnen Bergleute verschieden, mit 6 Penny bis 2 Schilling pro Schicht, getroffen. In Northumberland und Durham arbeiteten 200 000 Bergleute ebenfalls 43½ Stunden je Woche. Für 445 000 Bergleute war die Arbeitszeitfrage also nicht geregelt, in 6 Revieren war sie geregelt, in 14 nicht. Der Kampf drehte sich also einmal um die Frage, ob wir eine Lohnherabsetzung annehmen wollten oder nicht.

Ein anderer Streitpunkt war die Bestimmung des Gesetzes (spread over), die die Uebertragung der Arbeitszeit von einem Tag auf den anderen gestattet. Das Gesetz setzte die Maximalarbeitszeit auf 45 Stunden in der Woche oder 90 Stunden in zwei Wochen fest. In der Praxis sollte dies nur nach dem Willen der Unternehmer so gehandhabt werden, daß an fünf Tagen in der Woche 8 Stunden und am Sonnabend 5 Stunden gearbeitet werden sollte. Das wäre in der Praxis die Aufrechterhaltung der Achtstundenschicht gewesen, weil die englischen Bergarbeiter am Sonnabend gar nicht oder nur kurz arbeiten. Deswegen der Widerstand der Bergarbeiter. Das Gesetz gibt dem Verband der Bergarbeiter das Recht, gegen die Umlegung der Arbeitszeit ein Veto einzulegen. Einige kleine Reviere mit 50 000 Arbeitern beantragten diese Umlegung, der Verband lehnte sie ab. Darauf erhoben die Unternehmer ihre Forderung auf Lohnabbau und sie gingen so weit, auf den Gruben selbst Anfordigungen zu veröffentlichen, zu welchen Bedingungen gearbeitet werden sollte, ohne daß sie sich vorher mit dem Verband verständigten. Die Lage war für die Bergarbeiter sehr schwer, ebenso für die Regierung, weil die Unternehmer sich weigerten, an dem Nationalrat teilzunehmen. Die Gefahr bestand und besteht noch, daß im Parlament Liberale und Konservative gegen die Regierung stimmen, und das würde den Sturz der Regierung bedeuten.

Der Verband beschloß, unter keinen Umständen auf die Minderung der Löhne einzugehen und auch die Umlegung der Arbeitszeit auf 14 Tage nicht zu bewilligen. In dieser schwierigen Lage ersuchte uns die Regierung, vorläufig auf kurze Zeit damit einverstanden zu sein, daß die Arbeitszeit auf 14 Tage umgelegt würde. Die Exekutive (der Vorstand) des Verbandes weigerte sich, die Funktionäre des Verbandes mit Ausnahme von zwei Revieren waren aber dafür, den Vorschlag anzunehmen. In Schottland kam es dann zum Streit, gegen den Willen der Regierung und des Verbandes, um die bisherige Arbeitszeit zu behaupten. Unsere Aufmerksamkeit war darauf gerichtet, in diesem Augenblick einen nationalen Gesamtstreik zu verhüten. Eine Verbandskonferenz in der letzten

Woche lehnte einen solchen Streik mit geringer Mehrheit ab. In der Frage des schottischen Kampfes hat die Regierung interveniert und es ist ihr gelungen, für kurze Zeit einen Bergleichen herbeizuführen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Wertwünderweise konnten wir bei all diesen Kämpfen feststellen, daß die Kommunisten und die Unternehmer auf einer Linie kämpfen. Die Unternehmer bekämpfen das Gesetz, weil es angeblich sozialistisch sei, und die Kommunisten, weil es angeblich die Arbeiter schädigt. Natürlich haben die Kommunisten unrecht, denn das Gesetz bedeutet einen Fortschritt für die Arbeiter. Die Regierung nahm den Kampf mit den Unternehmern auf, die das Gesetz sabotierten, und hatte auch den Erfolg, daß ein Teil der Unternehmer sich bereit erklärte, sich an dem Nationalrat zu beteiligen. An diesem Nationalrat ist für die Arbeiterseite ausschließlich der Bergarbeiterverband beteiligt. Das hat die erfreuliche Folge gehabt, daß 14 kleine Verbände mit 50 000 Mitgliedern, meist technisch wichtige Arbeiter, sich unserem Verband anschließen mußten, wenn sie im Nationalrat vertreten sein wollten. Dieser Rat, in dem auch sechs Unternehmer und zwei Vertreter anderer Industrien vertreten sind, stellte sich auf den Standpunkt, daß der Lohn der Bergarbeiter zu niedrig sei und auch nicht weiter herabgesetzt werden dürfe.

Die Lage ist heute so, daß die vorläufige Regelung in mehr als der Hälfte der Reviere für drei Monate, in den anderen für zwei Wochen erfolgt ist. Die Unternehmer wollen keine Regelung über den Juli 1931 hinaus, weil dann die Siebenstundenschicht eintreten muß. Wir hoffen, daß dann die Arbeiterregierung noch am Ruder, damit wir diesen Fortschritt erzielen.

Auf eine Frage nach der Bedeutung der Bezeichnung „völlig arbeitslos“ erklärte

Cool: Das Recht auf Arbeitslosenunterstützung haben nicht nur diejenigen, die völlig arbeitslos sind, sondern auch die Arbeiter, die nicht mehr als drei Tage in der Woche arbeiten. Um diese Unterstützung zu sichern, haben wir uns mit den Unternehmern geeinigt, daß bei Arbeitseinschränkung nicht in dieser Woche vier und in der nächsten Woche nur zwei Tage gearbeitet wird, sondern in jeder Woche nur drei Tage.

Frankreich.

Die Lage in Frankreich ist noch nicht so schlecht wie anderwärts. Produktion, Aus- und Einfuhr haben sich wenig geändert, die Halbenbestände stiegen. Im Erzbergbau wird nur an vier Tagen in der Woche gearbeitet. Ein Urlaub von 20 bis 30 Tagen für die Reviere Nord und Pas de Calais brachte den Bergleuten zum erstenmal Urlaub von drei bis sechs Tagen im Jahr.

Schweden.

Der Eisenerzbergbau in Schweden litt sehr unter der Krise in Amerika und Deutschland. Im Norden werden fünf Tage, demnächst nur vier gearbeitet. Die Gruben, die für den Inlandsbedarf arbeiten, haben noch volle Beschäftigung, sie haben aber nur 2500 von 10 500 Arbeitern insgesamt. 20 Prozent sind arbeitslos. Der Tarifvertrag für Mittelschweden wurde um ein Jahr verlängert. Die Schichtzeit beträgt 8 Stunden, in Nordschweden unter Tage 7½. Urlaub gibt es vier Tage für Uebertagearbeiter und für Arbeiter unter Tage bis zu zwölf Tagen.

Nach einer ausgedehnten Debatte über die Krise und die Mittel zu ihrer Vinderung kam das Komitee zur einstimmigen Annahme folgender Entschliebung:

„Das Internationale Bergarbeiterkomitee bedauert feststellen zu müssen, daß die Bemühungen des Völkerverbundes, eine Lösung des Kohlenproblems zu finden, bisher zu keinem genügenden Ergebnis geführt haben.

Angesichts der weiteren Verschärfung und Erschwerung der Lage verlangt die Bergarbeiterinternationale von neuem, daß der Völkerverbund mit allem Nachdruck seine Kohlenarbeiten wieder aufnimmt, um die Wege zur Ueberwindung der Kohlenkrise zu ebnen.

Hinsichtlich der Absicht der englischen Arbeiterregierung, eine Konferenz der Kohlenländer einzuberufen, stellt die Bergarbeiterinternationale fest, daß eine solche Konferenz die Möglichkeiten zu einem Uebereinkommen über die wirtschaftliche Preisfestsetzung prüfen muß, die das Kohlendumping und die Preisunterbietung und damit die Ursache für die Verwirrung und Kämpfe auf den Kohlenmärkten ausschließt. Die Bergarbeiterinternationale erhebt dazu die Forderung, an dieser Konferenz gemeinsam mit den Regierungen und Unternehmern zugelassen zu werden, um zu einer praktischen Regelung zu kommen.

„An die Bergarbeiter aller Länder richten wir die Aufforderung, den Angriffen auf ihre Lebensbedingungen mit aller Kraft Widerstand zu leisten!“

Der zweite Tag der Konferenz wurde ausgefüllt mit der Debatte über die Frage der Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen, wobei das Material, die Fragebogen und Berichte des Internationalen Arbeitsamts sowie umfangreiches eigenes Material die Debattegrundlage abgaben. Besonders spielte dabei die Frage der produktiven Ueberstunden eine Rolle, die die Vertreter einiger Länder gar nicht oder in geringerem Umfang wahr haben wollten, als die amtlichen Zahlen sie ausweisen. Da es nicht gelang, die deutsche Delegation von der Unrichtigkeit der von ihr nach dem amtlichen Material ausgearbeiteten Ueberlicht zu überzeugen, soll die Frage näher untersucht werden an Hand des Materials, das die einzelnen Länder liefern.

Des weiteren wurde ausführlich die Frage besprochen, ob die Braunkohle in die Konvention einbezogen werden soll, welche die Internationale Arbeitskonferenz 1931 zu beschließen hat. Die Frage wurde bejaht. Ueber die verschiedenen Fragen wurden Richtlinien für die Delegierten der Internationale vereinbart, die für sie vor und in Genf Geltung haben. Eine Einladung des IGB, die in Rede stehenden Fragen in einer Konferenz mit der Leitung des IGB. zu besprechen, wurde grundsätzlich angenommen.

An Hand von Fragebogen sind die Verhältnisse im internationalen Kali-, Eisen- und Metallbergbau festgestellt worden. Ueber die notwendigen Arbeiten, besonders die Arbeiter der letztgenannten Bergbauarten zu organisieren und sie der Internationale zuzuführen, entspann sich eine lebhafte Aussprache.

Zum Schluß hatte die Konferenz Anlaß, dem Kameraden Zwanzger (Oesterreich) den Dank auszusprechen für jahrzehntelange treue Arbeit in der nationalen und internationalen Organisation der Bergarbeiter. Kamerad Zwanzger, 67 Jahre alt, scheidet mit dem Aufgehen des österreichischen Bergarbeiterverbandes in den österreichischen Metallarbeiterverband aus der Leitung seiner Organisation aus. Die Konferenz wünschte ihm noch viele Jahre der Gesundheit. Kamerad Zwanzger dankte in bewegten Worten. Mit einem Rückblick auf die geleistete Arbeit, mit einem Hinweis auf die allwärts sich zeigende Bedrohung der Arbeiterregimenten durch Krise und Reaktion schloß Kamerad Hufemann die Konferenz.

Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau gescheitert!

Nachdem die Grubenbesitzer im Ruhrgebiet schon vor drei Monaten den vermeintlichen Versuch unternommen hatten, die Löhne um 10 Prozent abzubauen, haben sie erneut den Lohn-tarif gekündigt. In den Verhandlungen, die am 10. Dezember in Essen stattfanden, forderten sie einen Lohnabbau von 12 Prozent mit dem Bemerkten, daß sie eigentlich 20 Prozent verlangen müßten, um ihre Verlustwirtschaft zu beseitigen. Mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage wollten sie aber von dieser weitgehenden Forderung absehen. Zur Begründung ihrer Haltung wiesen die Unternehmervertreter darauf hin, daß ab 1. Dezember die Kohlenpreise um 8,8 Prozent ermäßigt worden seien. Nach ihrer Meinung sei daher der Lohnabbau nicht zu umgehen. Entgegen dieser Auffassung betonten die Vertreter der Bergarbeiterverbände, daß sie eine Lohnsenkung im Ruhrbergbau ganz entschieden ablehnen müßten. Die Senkung der Kohlenpreise würde nach ihrer Meinung eine Mindereinnahme von 1 M. pro Tonne bedeuten. Diese Einbuße sei aber ohne Lohnsenkung durchaus tragbar, da allein die Arbeitskosten seit April

1928 infolge der gesteigerten Leistungsergebnisse um etwa 6,66 Prozent gesunken seien. Auch die Materialkosten seien gesenkt worden, so daß die Spanne zwischen Selbstkosten und Erlösen einen Preisabbau ohne Lohnkürzung ermöglicht. Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Erwägungen sei vor allem zu berücksichtigen, daß das Lohnneinkommen der beschäftigten Bergarbeiter im Monatsdurchschnitt im Vergleich zum März 1928 sich nicht gebessert, sondern verschlechtert habe. Vor allem sei aber auch zu beachten, daß die gegenwärtige Krisennot nur durch eine Stärkung der Konsumkraft zu beheben sei. Die Bergarbeiter müßten sich daher dem Lohnabbau mit allen Kräften widersetzen. Da die Unternehmervertreter trotzdem an ihrem Standpunkt festhielten, daß die Kohlenpreiserhöhung in Verbindung mit dem allgemeinen Preisabbau auch zu einer Lohnherabsetzung führen müsse, wurden die Verhandlungen nach kurzer Dauer ergebnislos abgebrochen. Der Zechenverband wird nunmehr den Schlichter anrufen, der, wie verlautet, am 19. oder 20. Dezember die Schlichtungsverhandlungen anberaumen wird.

Beilegung des Lohnkonflikts in Mansfeld.

Am 8. Dezember wurden unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums die Lohnverhandlungen über die Neugestaltung der Löhne ab 1. Januar 1931 im Mansfelder Kupferschieferbergbau fortgeführt. Dieselben gestalteten sich äußerst schwierig und währten bis nach Mitternacht. Von den in Frage kommenden Ressorts der Regierung wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß die Löhne der Mansfelder Arbeiter unter den bestehenden Verhältnissen eine weitere Ermäßigung erfahren müßten. Für die Gewerkschaftsvertreter war es nicht möglich, der Forderung der Arbeitgeber auf eine Lohnherabsetzung in einem Umfange zuzustimmen, die eine Sicherheit der Existenz der Bergarbeiterfamilien in Frage gestellt hätte. Außer der Forderung auf Lohnkürzung stellte die Mansfeld AG. während den Verhandlungen neue Anträge auf Verschlechterung der Arbeitszeit sowie der Bezahlung der Sonntagsarbeit. Es gelang den Gewerkschaftsvertretern, nach stundenlangen Verhandlungen die Forderung der Mansfeld AG. in dem beabsichtigten Ausmaße abzuwehren. In Anbetracht der ungeheuer schwierigen Verhältnisse war es nicht möglich, eine Lohnkürzung zu verhindern. Das Ergebnis der Verhandlungen ist aus folgender Vereinbarung sichtbar:

1. Unter der Voraussetzung, daß die Subventionen über den 1. Januar 1931 hinaus fortgewährt werden, wird der Lohn der Lohnarbeiter vom 15. Juli 1930 von 5,90 auf 5,70 M. ermäßigt. Die übrigen Löhne der Lohnarbeiter vermindern sich in dem gleichen prozentualen Ausmaß.
- Die in der Lohnarbeiter vom 15. Juli 1930 mit 5 M. angegebenen Tariflöhne der Arbeiter über 21 Jahre werden auf 4,80 Mark festgelegt.
- Die Lohnregelung läuft bis auf weiteres und kann mit vierwöchiger Frist, frühestens zum 31. Dezember 1931 gekündigt werden.
2. Vorstehende Lohnregelung wie auch die Bestimmungen des Manufakturvertrages und des Mehrarbeitsabkommens gelten auch für den Fall, daß der Kupferschieferbergbau in eine besondere Gesellschaft eingebracht wird.
- Wie hieraus zu ersehen ist, gilt die Vereinbarung nur unter der Voraussetzung, daß die Subventionen des Staates nach dem 1. Januar 1931 weitergeführt werden. Das unsinnige und blöde Geschrei der Kommunisten auf Streichung der Subventionen für Mansfeld hat die Verhandlungen nicht unwesentlich beeinflusst.

Für Milderung der Krisenfürsorge.

Die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes hat sich angesichts der durch die Arbeitsmarktkrise im Ruhrbergbau hervorgerufenen großen Arbeitslosigkeit unter anderem auch mit der Krisenfürsorge beschäftigt und ist hierbei zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Neuregelung der Krisenfürsorge außerordentlich ungünstig für die Arbeitslosen auswirkt. Um die eingetretenen Härten zu mildern, hält die Arbeitnehmergruppe entsprechende Milderungen der Krisenfürsorgebestimmungen für dringend erforderlich und macht hierzu folgende Verbesserungsvorschläge:

1. Die Möglichkeit, mit mindestens 13wöchiger versicherungspflichtiger Arbeit Krisenunterstützung beziehen zu können, ist wiederherzustellen.
2. Die Krisenfürsorge muß sich auf die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit arbeitsfähiger Arbeitnehmer erstrecken. Sofern nur eine befristete Krisenunterstützungsdauer aufrechterhalten wird, muß den Arbeitsämtern neben den Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfängern als dritte Unterstützungsgruppe diejenige der jetzigen arbeitsfähigen Wohlfahrtsberufslosen angegliedert werden.
3. Die Krisenunterstützungssätze müssen wieder auf die alte gesetzliche Höhe gebracht werden. Bei der Anrechnung von Pensionen oder Renten ist für verheiratete Unterstützungsempfänger

ein Betrag von monatlich 60 M., für ledige Antragsteller ein solcher von 40 M. anrechnungsfrei vorzusehen.

4. Der jetzige Kreis der Krisenunterstützungsberechtigten ist auf alle über 17 Jahre alten Arbeitnehmer auszudehnen.
5. Die gesetzlichen Sperrfristen dürfen die Höchstdauer von vier Wochen nicht überschreiten, wenn sie als erträgliche Ordnungsmittel Geltung haben sollen.
6. Der Umfang der Notstandsarbeiten ist mit allen Mitteln zu erweitern, solange eine entsprechende Belegung der Wirtschaft nicht eintritt. Bei der Zuweisung von Notstandsarbeiten sind die Krisenunterstützungsempfänger (in erster Linie die verheirateten) bevorzugt zu berücksichtigen.
7. Wegen der außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit ist für die Dauer dieser Notzeit der gesetzliche Meldezwang offener Arbeitsstellen zu verfügen.
8. Um die finanziellen Schwierigkeiten der Reichsanstalt zu beheben und die erforderlichen Unterstützungsmittel für den Unterhalt der Arbeitslosen zu sichern, sind alle Staatsbürger ihrem steuerpflichtigen Einkommen entsprechend mit den gleichen Prozentsätzen wie die Versicherungspflichtigen zur Beitragsleistung für die Arbeitslosenversicherung heranzuziehen. Bei vorkommenden Stillelegungen infolge Verkauf, Übertragung oder Zusammenlegung von Werken ist von den Unternehmungen ein einmaliger besonderer Betrag in Höhe eines Jahresbeitrages für jeden zur Entlassung kommenden Arbeitnehmer an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung abzuführen.

Die Entstehung der Erdöllagerstätten.

Zur großen Gruppe der Bitumina (Gemisch der in der Natur vorkommenden Kohlenwasserstoffe) gehört auch das im Erdinnern in großen Mengen vorhandene flüssige Erdöl. Dieses Naturprodukt sowie die aus ihm herstellbaren Erzeugnisse sind für jedes Land von so ausschlaggebender kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung, daß der Besitz von erdölführenden Gebieten bzw. die Sicherstellung der Versorgung mit Erdöl und seinen Derivaten zu einem politischen Faktor ersten Ranges geworden ist.

Die Natur selbst hat den Menschen auf den Erdölreichtum aufmerksam gemacht, denn das Erdöl tritt gelegentlich selbst zutage. In seiner direkten Verwendungsart zu Brenn- und Leuchtzwecken ist es dem Menschen schon sehr lange Zeit bekannt. Das systematische Heraushehlen des Erdöls, das „Bohren nach Öl“, die Erdöllagerstätten, ist jedoch noch ganz jung; die erste Bohrung fand am 27. August 1859 in den Vereinigten Staaten von Amerika statt. Seit dieser Zeit geht die Weltproduktion an Erdöl in rascher aufsteigender Linie vor sich, und überall wird das Aufsuchen neuer Lagerstätten mit größtem Eifer betrieben.

Wo aber soll man suchen, wenn äußere Kennzeichen für die Anwesenheit von Öl (Erdgas, Imprägnierung des Bodens, Erdölaustritte, d. h. Quellen) nicht vorhanden sind? Mit anderen Worten: wo befinden sich diejenigen Gebiete, in denen in geologischer Vergangenheit die Voraussetzungen für die Bildung von Erdöl gegeben waren? Diese Frage hängt direkt zusammen mit der Frage der Entstehung der Erdöllagerstätten im allgemeinen, die zu beantworten die wissenschaftliche Forschung seit Jahrzehnten bemüht ist, ohne bisher eine eindeutige Lösung gefunden zu haben.

Die Frage der Entstehung der Erdöllagerstätten gehört der Geologie an. Ihre Lösung hängt davon ab, ob das Bild der Hunderttausende oder gar Millionen von Jahren zurückliegenden Vergangenheit, das die Geologie uns aufbaut, mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Die Möglichkeit, ein solches Bild überhaupt zu rekonstruieren, ist dadurch gegeben, daß wir in der Erde versteinerte Reste von Pflanzen und Tieren vergangener Zeiten vorfinden. Diese Fossilien weisen in den einzelnen Schichten der Erdkruste verschiedene Grade der Entwicklung auf. Darnach unterscheidet die Geologie ältere und jüngere Schichten der Erde und teilt die Vergangenheit in Zeitalter ein.

Die älteste Formation der Erde, die archaische, besteht aus den Urgesteinen: Gneis, Glimmerschiefer und Phyllit, teilweise aus der ursprünglich glasflüssigen Masse der Erde erstarrt. Auf ihnen lagern in großer Anzahl die Sedimentgesteine (Ablagerungsschichten), die sich zum größten Teil aus dem Wasser abgesetzt haben, teilweise aber auch Festlandsbildungen sind. In

den Schichten der archaischen Periode sind keinerlei Spuren pflanzlicher oder tierischer Lebens gefunden worden. Erst das folgende paläozoische Zeitalter (auch Primärzeit genannt) weist die ältesten Versteinerungen auf. In dieser Periode sind verschiedene Formationen entstanden (Kambrium, Silur, Devon, Steinohlengebirge, Perm), sie weisen die fortschreitende Entwicklung des organischen Lebens nach. Es folgt das Mesozoikum oder die Sekundärzeit, eingeteilt in Trias, Jura und Kreidezeit, und alsdann das fanozoische, bestehend aus Tertiär und Quartär. In letzterem spielt sich das gegenwärtige Leben ab.

Die Sedimentschichten der verschiedenen Zeitalter lagern nicht etwa in regelmäßiger Reihenfolge übereinander. An manchen Stellen der Erde sind ältere Formationen hochgekommen, neuere nach unten gegangen, so entstammen z. B. die Vogesen, der Schwarzwald und der Spessart der archaischen Periode. Ferner hat, angefangen vom Moment der Bildung der Erdkruste, durch alle geologischen Zeiträume hindurch bis zur Jetztzeit die fortschreitende Abkühlung der Erdkruste Deformationen zur Folge gehabt, indem die Erdkruste durch Schrumpfung zu Falten zusammengedrückt wurde, stellenweise die einzelnen Schichten übereinandergeschoben, überkippt und überhaupt disloziert wurden, wobei sich unterirdische Dome bildeten, Gebirge, hochgedrückt wurden, Spalten und Risse in der Erdkruste entstanden, aus denen feuerflüssiges Magma des Erdinnern austrat und zu Eruptivgesteinen erkaltete, Wasser in das Erdinnere eintrat und andere gewaltige Veränderungen vor sich gingen. Maßgebend für eine Zeitperiode ist also nicht die Tiefenlage ihrer Schichten, sondern lediglich die in letzteren befindlichen Fossilien. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß sich eine bestimmte Gesteinsart, beispielsweise Kalk oder Sandstein, keineswegs zu einer bestimmten Zeit gebildet hat. Das gleiche Gestein kann sich früher und später gebildet haben, entscheidend sind immer nur die Fossilien.

In den vulkanischen und kristallinen Formationen der archaischen Periode, die, wie schon erwähnt, keinerlei organischen Leben aufweisen, ist Erdöl nicht gefunden worden, desgleichen nicht in der ältesten Formation der Primärzeit, dem Kambrium. Es tritt erst im Silur auf und ist von da ab an keine bestimmte Formation gebunden. Erdöl ist in den Sedimentschichten aller geologischen Epochen anzutreffen. Von den größten Lagerstätten befinden sich diejenigen in Pennsylvanien und Oklahoma in den Formationen der Steinkohlenzeit, diejenigen in Mexiko und Texas in den Kreideformationen, der größte Teil der Weltfelder kommt jedoch in den Schichten des Tertiär vor (Kalifornien, Persien, Kaukasus, Rumänien, Galizien). Hierbei unterscheidet man primäre und sekundäre (eingewanderte) Lagerstätten. Es scheint demnach, daß nicht ein zufälliges Zusammentreffen besonderer Umstände zu der einmaligen Bildung des

9. In Anbetracht der ungeheuren Arbeitslosigkeit in der gesamten Industrie ist durch staatliche Maßnahmen in landwirtschaftlichen Gegenden (Wohnungsbau, Tarifverträge) darauf hinzuwirken, daß der Arbeitnehmerzugang aus landwirtschaftlichen nach industriellen Gegenden unterbleibt.

Begründung:

Zu 1: Während bisher Arbeitslose mit kurzen Anwartschaftszeiten von mindestens 13 Wochen Krisenunterstützung erhalten konnten, wenn bereits einmal Arbeitslosenunterstützung bezogen war, hat die Neuregelung diese Bergünstigung beseitigt. In der jetzigen Notzeit mit ihren meist kurzfristigen Arbeitsmöglichkeiten ist es dringend erforderlich, den alten gesetzlichen Zustand wiederherzustellen.

Zu 2: Die Arbeitnehmergruppe ist der Auffassung, daß die heutige Wirtschaftslage und auch der Sinn der Arbeitslosenversicherungseinstellung bedingen, daß sich die Krisenfürsorge auf die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit arbeitsfähiger Arbeitnehmer erstrecken muß. Eine Ueberführung der ausgesteuerten Krisenunterstützungsempfänger in die Wohlfahrtsfürsorge ist für die Gemeinden stets eine große finanzielle Belastung. Aber auch die davon betroffenen arbeitsfähigen, oft in den besten Jahren stehenden Arbeitslosen, die aus der versicherungsmäßigen in eine fürsorgliche Unterstüßungseinrichtung überführt werden, wirkt dieser Zustand niederdrückend. Abgesehen davon müssen sie die durch das Wohlfahrtsamt empfangene Unterstützung zurückzahlen, wodurch sie bei etwaiger Wiederaufnahme von Arbeit auf lange Zeit in ihrer Lebensmöglichkeit eingeschränkt werden. Aus diesem Grunde empfiehlt die Arbeitnehmergruppe, alle arbeitsfähigen Arbeitslosen durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung betreuen zu lassen.

Zu 3: Es ist ein untragbarer Zustand, daß sich die Krisenunterstützungssätze in den meisten Fällen sogar unter den Wohlfahrtsunterstützungssätzen bewegen und die Krisenunterstützungssätze deshalb nachdrücklichen Zuschlagsunterstützungen von den Wohlfahrtsämtern beziehen müssen. Die Krisenunterstützungssätze müssen daher wieder auf die alte gesetzliche Höhe gebracht werden. In Anbetracht der gezahlten Beiträge für Knappschafts- und für die Invaliden- und Arbeitslosenversicherung bedeutet die Einführung des eigenen Einkommens aus Renten eine große Härte.

Zu 4: Bei der heutigen wirtschaftlichen Lage und Arbeitslosigkeit, wo oft neben den Söhnen auch der Vater arbeitslos ist, ist es untragbar, Eltern zuzumuten, daß sie ihre arbeitsfähigen Söhne deshalb miternähren sollen, weil diese durch die Wirtschaftskrise auf unabsehbare Zeit aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind. Die Arbeitnehmergruppe steht deshalb auf dem Standpunkt, daß der Kreis der Krisenunterstützungsberechtigten auf die jugendlichen Arbeitnehmer über 17 Jahre zu erweitern ist.

Zu 5: Die vorgesehenen Strafmaßnahmen (Sperrfristen) sind eine große Härte. Es muß genügen, die Sperrfristen bis zur Höchstdauer von vier Wochen vorzusehen.

Zu 6: Mit Rücksicht darauf, daß eine Nachweisung von Arbeitsgelegenheiten nur beschränkt möglich ist, ist es notwendig, mit allen Mitteln den Umfang der Notstandsarbeiten zu erweitern, solange eine entsprechende Belegung der Wirtschaft nicht eintritt. Bei Zuweisung von Notstandsarbeiten müssen in erster Linie die Verheirateten bevorzugt werden.

Zu 7: Die Notstandsarbeiten sind nur als ein Hilfsmittel zu betrachten. Es muß deshalb erwartet werden, daß mit allen Kräften angestrebt wird, sogenannte freie Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Um die wenigen freien Arbeitsplätze nicht in unvertretbarer Weise durch berufs- und ortsfremde Arbeitslose belegen zu lassen, ist es erforderlich, daß in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit und der geringen Arbeitsmöglichkeiten für die Dauer dieser Notzeit der gesetzliche Meldezwang offener Arbeitsstellen angeordnet wird.

Zu 8: Die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer hat durchaus Verständnis für die Finanzschwierigkeiten, welche einmal durch die große Arbeitslosigkeit und zum anderen durch Verwirklichung vorstehender Vorschläge entstehen. Um diese finanziellen Schwierigkeiten der Reichsanstalt zu beheben und die erforderlichen Unterstützungsmittel für den Unterhalt der Arbeitslosen zu sichern, schlägt sie vor, daß alle Staatsbürger ihrem steuerpflichtigen Einkommen entsprechend mit den gleichen Prozentsätzen wie die versicherungspflichtigen Arbeitnehmer zur

Erdöls Veranlassung gegeben hat, sondern allgemein erdgeschichtliche Ursachen zu seiner Entstehung führten. Welche waren es?

Hier stehen sich prinzipiell zwei Anschauungen gegenüber: diejenige des anorganischen (mineralischen) Ursprungs des Erdöls, eingehend von Mendeleeff begründet, und die neuere, des organischen (tierischen bzw. pflanzlichen bzw. gemeinsamen) Ursprungs, von den deutschen Gelehrten Höfer, Engler und Potonié aufgestellt. In beiden Anschauungen gibt es verschiedene Versionen. Da die Meinungen der Fachleute getrennt sind und Laboratoriumsversuche ergeben haben, daß sowohl aus organischen als aus anorganischen Ausgangsmaterialien Erdöl oder erdöllähnliche Körper hergestellt werden können, so besteht ein gewisser Kampf. Zur Zeit hält sich die Mehrzahl der Forscher an die organische Hypothese als an die wahrscheinlichere. Es soll versucht werden, beide Theorien kurz zu skizzieren.

Das Erdöl setzt sich im wesentlichen aus verschiedenen Kohlenwasserstoffen zusammen, wobei entweder die leichtere Reihe (Paraffinöle) oder die schwerere Reihe (Alphatöle) vorherrscht. An Beimengungen sind zu nennen: Sauerstoffverbindungen, Stickstoff, Schwefel und organische Bestandteile. Aus der Differenz zwischen dem spezifischen Gewicht des Erdöls und der Erdkruste schließt man, daß das Erdinnere zum größten Teil aus schweren Metallen, hauptsächlich Eisen und dessen Verbindungen, darunter auch Karbiden, besteht. Durch Spalten in der Erdkruste, die sich bei den Schrumpfungen gebildet haben, konnte Wasser in das Erdinnere eindringen und die Zerlegung der Karbide bewirken, wobei Kohlenwasserstoffe entstanden sind. Durch Verkettung der Moleküle (Polymerisation) und andere chemische Vorgänge haben sich im Laufe der Zeit die verschiedenen komplizierten Kohlenwasserstoffe herausgebildet. Sie sind nach oben gestiegen, sind in porösen Gesteinen magnifiziert worden und haben dort die primären Erdöllagerstätten gebildet. Durch Wanderung ist das Erdöl in neue Schichten gelangt, es sind dann sekundäre Lagerstätten entstanden.

Das sind die Grundzüge der anorganischen Theorie. Sie wird von der chemischen Forschung sehr gestützt, denn die Technik der Kohlenwasserstoffe ermöglicht es heute, aus den einfachsten gasförmigen Stoffen (Kohlenoxyd und Wasserstoff) zu erdöllähnlichen Körpern verschiedener Haltbarkeit zu gelangen, die ganz ähnlich dem natürlichen Erdöl, ein Gemenge von Kohlenwasserstoffen und komplizierten Verbindungen darstellen und die spezifischen Eigenschaften des natürlichen Erdöls tragen. Ob in der Natur die Wege gegeben sind, die der Laboratoriumsversuch vorschreibt, und ob möglicherweise die sehr lange Dauer des Vorgangs in der Natur andere Faktoren ausgleichen kann, ist von der Wissenschaft noch nicht beantwortet worden. Irigendwelche Lagerstätten, in denen das Öl eindeutig allein auf anorganischen Wege entstanden sein müßte, konnten nicht nach-

Beitragsleistung für die Arbeitslosenversicherung herangezogen werden.

Gewisse Vorkommnisse in der Wirtschaft, die ebenfalls zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit und zur Verminderung der vorhandenen Arbeitsplätze beitragen, lassen es als erforderlich erscheinen, daß bei vorkommenden Stilllegungen infolge Verkauf, Uebertragung oder Zusammenlegung von Werken von den Unternehmungen ein besonderer einmaliger Arbeitslosenbeitrag zu leisten ist.

Die Arbeitnehmergruppe ist der Auffassung, daß außergewöhnliche Verhältnisse auch außergewöhnliche Maßnahmen bedingten und in Zeiten der Not nicht nur ein Teil, sondern alle Angehörige des Volkes und besonders die tragfähigen Schichten mit zur Behebung der Schwierigkeiten beizutragen haben.

Zu 9: Bei den jetzigen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt erscheint es unbedingt erforderlich, durch staatliche Maßnahmen (Wohnungsbau, Tarifrecht) darauf hinzuwirken, daß die landwirtschaftliche Arbeitermerchandise lebhaft gemacht und dem bisherigen Arbeitermerchandise aus landwirtschaftlichen und industriellen Gegenden vorbeugend entgegengewirkt wird.

In Anbetracht der sich immer mehr vergrößernden Notlage der arbeitslosen Volksschichten und der geringen Aussichten auf eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt hofft die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer, daß die maßgebenden Regierungsstellen und Körperschaften obigen Vorschlägen Verständnis entgegenbringen und dieselben zur Durchführung verhelfen.

Kohlentruffs ändern ihre alten Gewohnheiten nicht, und die starke Tendenz zur Senkung der Mittelbewilligungen für den Sicherheitschutz und die sanitären Vorkehrungen in der Industrie ist nach wie vor lebendig. („Woprosy Strachowanija — Fragen der Versicherung“ — Zeitschrift der Zentralverwaltung der Sozialversicherung der UdSSR. und der Hauptverwaltung der Sozialversicherung der RSFSR., Nr. 31 vom 1. Nov. 1930.)

Tödliche Unfälle in sibirischen Schächten.

Im Jahre 1927-28 gab es in den Schächten Sibiriens 19 Unfälle mit tödlichem Ausgang, 1928-29 waren es 25 und im ersten Vierteljahr 1929-30 20, das sind 80 Prozent der gesamten Unfallzahl des Vorjahres. Indessen werden keinerlei ernstliche Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitschutzes ergriffen. („Na trudowom fronte“ — „An der Arbeitsfront“ — Organ des Volkstommissariats der UdSSR. und der RSFSR., Nr. 7, März 1930, S. 7.)

Schlagende Wetter.

Explosionen dieser Art (d. h. schlagende Wetter) waren bei uns im Laufe einiger Jahre zu verzeichnen: zwei im Kytow-Bergwerk mit 320 Toten, zwei im Golorow-Bergwerk mit 84 Toten, zwei im Iwan-Schacht mit 76 Toten usw. Es gab insgesamt zwölf große Explosionen mit 691 Toten. Es wird weiter auseinandergelegt, wie man gegen schlagende Wetter kämpfen soll, und dann folgt wieder:

„Was haben wir denn in Wirklichkeit? Von hundert Gaschächten, die im Donezbecken inspiziert worden sind, erhalten die bei weitem meisten Schächte keine genügende Luftmenge. In den Schächten, denen die Luft in ausreichender Menge zugeleitet wird, wird sie auf die einzelnen Arbeitsabschnitte unrationell und falsch verteilt. Es gibt z. B. einzelne Arbeitsreviere, denen nur 16 Prozent der benötigten Luftmenge zugeleitet werden. In diesem Schacht gab es am 17. März 1930 eine Explosion mit 3 Toten.“ („Na trudowom fronte“, Nr. 8, März 1930, S. 10.)

Unfälle und Sicherheitschutz.

Die Zahl der schweren Unfälle in der Bergbauindustrie der RSFSR. ist im Jahre 1928-29 im Vergleich zum Jahre 1927-28 auf je 1000 Arbeiter um 23,8 Prozent gestiegen. Diese Zunahme ist auf unzureichende Sicherheitschutzmaßnahmen zurückzuführen. Zur Feststellung der Ursachen der Zunahme der Unfälle hat der Rat für Arbeit und Verteidigung eine besondere Regierungskommission mit der Untersuchung der Kohlenbergwerke beauftragt. Bei der Untersuchung wurde eine ganze Anzahl von Mängeln und Verletzungen der Sicherheitsvorschriften bei der Durchführung der Bergarbeit zutage gefördert. Einer der Hauptmängel der Schachtanlagen ist die mangelhafte Lüftung. Schlecht steht es auch mit der Einhaltung der Gasicherheitsordnung, weswegen es in der letzten Zeit nicht wenig Unfälle gegeben hat, es sind sogar Schlagwetterexplosionen vorgekommen. Die größte Zahl der tödlichen Unfälle ist allerdings durch Einstürze verursacht, was seine Klärung in der mangelhaften Ueberwachung von seitens des Verwaltungs- und technischen Personals findet. Der Zustand der Transportstrecken ist in fast allen Schächten unbefriedigend. An die 40 Prozent aller Unfälle entfallen auf den schlechten Zustand der Transportstrecken. Die Untersuchung der Förderer- und Fördermaschinen hat ebenfalls eine ganze Reihe vorhandener Defekte gezeigt. In fast keinem der Schächte gibt es Ersatzteile, und unsere bergtechnische Inspektion mußte häufig auf eigenes Risiko den Aufzug mit alten Seilen gestatten, um die Förderung nicht zu gefährden! Indes müssen nach den Sicherheitsvorschriften in jedem Schacht überprüfte und für Ein- und Ausfahrt der Arbeiter taugliche Ersatzteile vorhanden sein. („Na trudowom fronte“, Nr. 18, Juni 1930, S. 14.)

Wir verkennen nicht die Bemühungen der russischen amtlichen Stellen um Besserung des Grubenschutzes, die Praxis zeigt aber, daß auch auf diesem Gebiet keine Ursache vorliegt, Rußland als ein Paradies hinzustellen. In Deutschland können wir uns mit Erfolgen unseres Kampfes um den Schutz des Bergarbeiterlebens jedenfalls sehen lassen.

Gefahren und Katastrophen im russischen Bergbau.

Wenn man die Haltung der kommunistischen Presse zu den Grubenkatastrophen in Deutschland und Rußland betrachtet, so findet man über die Verhältnisse in Deutschland nur schroffe Urteile und Urteile, über Rußland nur Schönfärberei. Wie die russische Statistik und damit die deutsche Kommunistenpresse nicht mehr weiß von Arbeitslosigkeit in Rußland, so weiß wenigstens die deutsche Kommunistenpresse nichts von bösen Zuständen im russischen Grubenschutze, nichts von russischen Grubenkatastrophen schwerster Art.

Wir geben deshalb nachstehend eine Uebersicht über diese Frage, soweit sie nach vorliegenden amtlichen statistischen Mitteilungen und Artikeln der russischen Fachpresse möglich ist. Dabei ist zu bedenken, daß es in Rußland keine andere als die kommunistische Presse gibt.

Unfälle im russischen Bergbau in den Jahren 1926 und 1927.

Das Organ des Statistischen Zentralamtes „Statisticheskoe Obozrenje“ veröffentlicht in Nr. 1 für das Jahr 1929 einen Aufsatz von J. Engel über Industriefälle in der UdSSR. (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Rußlands), der u. a. auch die Angaben über die Unfälle im Bergbau enthält. Dabei sind von der Statistik der Betriebsunfälle nicht alle Betriebe erfasst, sondern nur die größeren. Für die Steinkohlenindustrie erstreckt sich die Statistik (für 1926 und 1927) auf 73,3 Prozent der in diesem Industriezweig Beschäftigten. Bei der Berechnung der Unfallhäufigkeit wird nicht nur die Zahl der erfassten Versicherten, sondern auch die abgeleitete Arbeitszeit berücksichtigt. So betragen die Zahlen der Unfallhäufigkeit je 1000 „volle“ Versicherte für das Gebiet der Sowjetunion im Jahre 1927 in der Steinkohlenindustrie 419,3, in der Erzgewinnung 318,0, während die Durchschnittsziffer für sämtliche Industriezweige sich auf 212,7 belief. Die Bewegung der Unfallzahlen läßt sich nur für die Innerrussische Sowjetrepublik (RSFSR.) — ohne Ukraine und andere Randgebiete der Union — feststellen, wofür folgende Angaben vorliegen:

Table with 3 columns: Industry, 1926, 1927. Rows: Steinkohlenindustrie (283,3; 318,5), Erzgewinnung (190,7; 215,7).

Die Unfälle haben somit 1927 gegenüber dem Vorjahre erheblich zugenommen. (Für den Durchschnitt der gesamten Industriezweige sind die entsprechenden Zahlen für 1926: 169,2, für 1927: 175,7.) Zur Feststellung der Schwere des Unfalls müssen die Angaben über die Dauer der durch Unfall verursachten vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit herangezogen werden. Für das Gebiet der RSFSR. liegen wiederum Angaben für zwei Jahre je 1000 „volle“ Versicherte vor:

Table with 4 columns: Industry, Total days, 15 days, 28 days, 28 days. Rows: Steinkohlenindustrie, Erzgewinnung.

Dauer der durch Unfall verursachten vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit in der UdSSR.

Table with 6 columns: Industry, Total days, 3 days, 7 days, 28 days, 28 days. Rows: Steinkohlenindustrie, Erzgewinnung.

Was die tödlichen Unfälle betrifft, so beträgt ihre Zahl je 1000 „volle“ Versicherte für die gesamte UdSSR. im Jahre 1927: in der Steinkohlenindustrie 1,37, in der Erzgewinnung 0,61; die Durchschnittsziffer für alle Industriezweige stellt sich auf 0,30.

Unfälle im Moskauer Kohlenbecken 1924 bis 1929.

Table with 4 columns: Year, Number of workers, Number of accidents, Number of accidents per 1000 workers. Rows: 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929.

Die Durchschnittsdauer der durch Unfall verursachten vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit steigt stetig und erreicht ihren Höhepunkt mit 14,4 Tagen je Unfall im ersten Halbjahr 1927, in der nächsten Zeit macht sie eine abnehmende Bewegung durch und erreicht im ersten Halbjahr 1929: 12,8 Tage.

Der der Untersuchung zugrunde liegende Zeitabschnitt war im Revier gekennzeichnet durch zunehmende Intensivierung und Konzentration der Arbeit. Von 1924 bis 1929 ist die Förderung um das 2,5fache angewachsen, die jährliche Produktivität je Schachtheinheit hat sich beinahe verdoppelt, die Leistung je Hauer ist um das 2,3fache, je Beschäftigten überhaupt um das 2,6fache gestiegen. Die Zahl der bei der Förderung beschäftigten Arbeiter, die auf die Förderung von 100 000 T. entfällt, ist um das 2,6fache gesunken. In dem Maße aber, wie die sanitären Maßnahmen und die Erleichterung der Arbeit durch Arbeitsmechanisierung unzureichend waren (ausgenommen sind die Hauer, bei denen die Sprengverfahren und die Verwendung von Bohrhämmern weite Verbreitung gefunden haben), ist die Zahl der Unfälle je 100 000 T. Förderung nicht zurückgegangen, und die Indices der Unfallhäufigkeit sind 1929 von neuem für alle Kategorien mit Ausnahme der Hauer gestiegen. („Gornyj Shurnal“ — „Bergzeitschrift“ — 1930 Nr. 4-5, Abhandlung über „Sicherheitschutz, Arbeitsproduktivität und Bewegung der Industriefälle im Moskauer Kohlenbecken von 1924 bis 1929“.)

Die für Sicherheitschutz bewilligten Mittel werden nicht ausgenutzt.

Es ist zur Genüge bekannt und braucht eigentlich nicht wiederholt zu werden, daß der Sicherheits- und Arbeiterschutz in vielen Betrieben des Donezbeckens bis jetzt im Hintertreffen bleibt. Die in der letzten Zeit zu verzeichnende Zunahme der Unfälle, die Vermehrung der Unfallzahlen im Donezbecken ist kein Zufall. Die Einstellung zum Sicherheitschutz, die darin besteht, daß man auf ihn pfeift, führt manchmal zu schwerwiegenden Folgen: vor kurzem erfolgte in Malejewa im Schacht Kapitalnaja eine Schlagwetterexplosion. In diesem Jahr hat der Rat für Arbeit und Verteidigung beschlossen, für den Sicherheitschutz in der Steinkohlenindustrie 22 Millionen Rubel zu bewilligen, und zwar sollten schon im kommenden Jahre 34 Mill. zur unmittelbaren Verwendung verausgabt werden. Aber die Stein-

gewiesen werden, wie überhaupt die anorganische Theorie in der Geologie nur wenig direkte Befruchtung findet. Die Spuren von Kohlenwasserstoffen in Erstarrungsgesteinen und in vulkanischen Gafen, welche die Anhänger der anorganischen Theorie für aus dem Erdinnern kommend halten, werden von der anderen Seite dahingehend erklärt, daß die aufsteigende Lava bituminöse Schichten durchsetzt bzw. über Lage organische Stoffe aufnahm, die sich durch Destillation unter Luftabfluß zu Kohlenwasserstoffen entwickelten.

Als sehr stichhaltig gegen die anorganische Theorie gilt der Umstand, daß jedes natürliche Erdöl Stoff enthält und optisch aktiv ist, d. h. die Polarisationsebene des durchfallenden Lichtes dreht, was aber nie auf anorganisch gewonnenes synthetisches Öl zutrifft. Die anorganische Theorie hat hier zur Erwidern, das Erdöl sei in organische Reste führende Schichten eingewandert und habe dort erst diese Eigenschaften erhalten. Demnach hätte es aber einen sehr langen Weg aus dem Erdinnern nach oben zu machen gehabt, was unwahrscheinlich erscheint. Endlich spricht der allgemeine chemische Charakter des Erdöls, das ja ein labiles Kohlenwasserstoffgemisch ist, gegen den hochpyrogenen Werdegang, wie er von den anorganischen Hypothesen — deren es mehrere gibt — verlangt wird.

Die organische Theorie erklärt die Entstehung des Erdöls durch die Zersetzung tierischer Massen tierischer und teilweise auch pflanzlicher Lebewesen in salzhaltigen Gewässern. Vorwiegend ist es die marine Fauna gewesen. Der Werdegang ist etwa folgender: Durch die im Laufe der Erdgeschichte erfolgten gewaltigen Verschiebungen der Erdkruste, Hebungen und Senkungen wurden ganze Meeresküsten mit reichem Tier- und auch Pflanzenleben abgetrennt, es bildeten sich Binnenmeere und Seen, Buchten, Arme, geschützt vor starken Strömungen, Gezeiten, Seegang. In diesen Gewässern, wie auch in sonstigen leichten Meereswasserbecken gab es besonders günstige Bedingungen für die Entwicklung organischen Lebens: in den oberen, weniger salzhaltigen Tiefen. Bei der herrschenden hohen Temperatur früherer Zeiten und der Trockenheit ringsum verwandelten sich die Gewässer durch Verdunstung allmählich in Salzflümpfe, das Leben hörte auf, aber in endlosen Generationen waren durch die Jahrtausende Mikrofauna und größere Tiere sowie auch Pflanzen (Algen, Diatomeen u. a. m.) absterbend zu Boden gesunken. Ueberlagert von tonigem Schlamm, bildeten sie den Faulschlamm (Sapropel). Das Absterben unter Meeresniveau brachte die Ablagerung von Meeresedimenten mit sich. Die organischen Reste verfaulten, ihre stickstoffhaltigen Bestandteile zerfielen, entwanden zum Teil. Es blieben die stabilere Fettsubstanz, eventuell auch abbaufähige Eiweißstoffe sowie pflanzliche Wachse und Harze. Tonige Massen schlossen den

Schichtenkomplex, der stellenweise eine Mächtigkeit von einigen tausend Metern erlangen konnte, nach oben luftdicht ab. Durch den hohen Druck der auflagernden Gesteinsmassen wurden schon bei verhältnismäßig niedriger Temperatur aus den Fetten Kohlenwasserstoffe herausdestilliert, die sich in den porösen Sanden und künftigen Kalken als Erdöl anreicherten. So entstanden dort die Erdöllagerstätten.

Der Salzwasser-Faulschlamm, Träger der organischen Stoffe, aus denen sich das Öl gebildet hat, kann als Muttergestein des Erdöls angesehen werden, doch gibt es auch abweichende Anschauungen. Das Endprodukt der Faulschlamm bilden die bituminösen Schiefer, Uebergangsprodukt im Zersetzungsprozess, der kompliziert und von langer Dauer gewesen ist. Er hat sich unter sehr verschiedenen Bedingungen des Druckes, der Temperatur und der Zeit vollzogen, wodurch sich die verschiedene Beschaffenheit des Erdöls erklärt. Die Verschiedenheit der Ausgangsmaterialien kommt erst in zweiter Linie zur Geltung. Die dunkle Farbe der Schieferzone ist durch Schwefelisen und Schwefelkies bewirkt worden, die sich bei der chemischen Reaktion der organischen Bestandteile ausgeschieden haben.

Für die organische Theorie der Entstehung des Erdöls geben sowohl die Geologie als auch die Chemie zahlreiche Beweise. Zunächst ist das Erdöl nie in den vulkanischen und kristallinen Formationen der archaischen Periode gefunden worden, sondern nur in Sedimentschichten von der Zeit an, wo organisches Leben bereits reichlich vorhanden gewesen ist. Es ist in allen geologischen Epochen anzutreffen. In bituminösen Gesteinen finden sich häufig beträchtliche Mengen organischer Reste, Hohlräume sind dort oft mit Öl angefüllt. Auch in Verhärtungen von Faulschlamm ist Öl gefunden worden. In leichten Meerwasserlagunen und geschützten Buchten und Becken kann man auch gegenwärtig die Ablagerung von organischen Stoffen und die Bildung von Faulschlamm beobachten. Bei Erdölvorkommen ist stets Wasser, meist Salzwasser vorhanden, das reich an Jod ist (Anreicherung durch Lebewesen).

Von chemischer Seite aus ist es gelungen, aus tierischen Fetten und aus Fischtran unter Druck ein Öl zu destillieren, das aus denselben Kohlenwasserstoffen besteht, wie das pennsylvanische Erdöl. Eine Allgemeinheit, die in unseren stagnierenden Gewässern häufig ist, liefert unter einer richtig abgemessenen Druckdestillation Petrolöl. Die Laboratoriumsversuche geben durchwegs die Möglichkeit, sich die einzelnen Phasen des Abbaues der Fettstoffe vorzustellen, wie er sich in geologischen Zeiträumen unter sehr verschiedenen Druck- und Temperaturverhältnissen abspielt hat. Auf die organische Herkunft weisen auch der Stickstoffgehalt und die optische Aktivität hin. Letztere Eigenschaft kommt außer Kristallen nur solchen Stoffen zu, die von tierischen oder pflanzlichen Organismen aufgebaut sind.

Das Erdöl findet sich stets in Sandmassen oder anderen porösen Gestein verteilt. Es scheint eines Auffaugematerials zu benötigen. Sein Vorkommen ist ausnahmslos mit dem Auftreten von Erdgas begleitet. Bei der Bildung größerer Lagerstätten haben gebirgsbildende Bewegungen eine Rolle gespielt. Die gegenseitige Lage der Erdöllagerstätten ist durch Linien charakterisiert, die mit den unter der Erde verlaufenden sogenannten Antiklinalen (Sattellinien), d. h. den Linien über den höchsten Sattelpunkten der Schichtenfaltungen (Dome) übereinstimmen. Daher handelt es sich bei Erdölschürfungen, von vielen anderen Anhaltspunkten abgesehen, darum, die Dome zu erkennen und im Zusammenhang mit der Untersuchung des Gesteins bzw. durch Probebohrungen ein etwaiges Vorkommen sicherzustellen. Man findet dann zumeist, daß zwischen Gas, Öl und Wasser eine Scheidung stattgefunden hat: das Gas kam nach oben, das Öl lagert an der Seite der Falte und das Wasser ist in der Mulde zu finden.

In den Anfängen der Erdölgeologie hat man das Erdöl überall dort, wo es vorkam, als primär angesehen. Gegenwärtig werden die meisten Lagerstätten für sekundär (eingewandert) gehalten. Auf die Gründe der Wanderung soll hier nicht näher eingegangen werden.

Abschließend ist zu sagen, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Forschung die anorganische Theorie der Entstehung des Erdöls im Bereiche der Möglichkeit liegt, die organische dagegen weit sicherer dasteht. Es gibt ferner Fachgelehrte, denen es angesichts der verschiedenen Bildungsmöglichkeiten und der verschiedenen Zusammensetzung der Erdöle nicht als zwingend erscheint, alle Vorkommen von flüssigen Kohlenwasserstoffen der Erdkruste auf ein einziges Entstehungsprinzip zurückzuführen. Es wird erwartet, daß das gegenwärtig außergewöhnliche Tempo in der Forschung auf allen Gebieten der Naturwissenschaft in der Vervollkommnung der Methoden und die Vervollkommnung der Apparate zu einer baldigen Lösung des Problems führen wird. Man kann dann über die erreichbaren Weltvorräte an Öl und ihre Verteilung auf der Erde im klaren sein.

Ganz besonders dürfte an dieser Forschung die Weltkonferenz interessiert sein in ihrer Aufgabe, Energien ermitteln und nutzbar machen zu helfen und die internationalen Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis zu fördern. Deutschland, das über nur sehr geringe Erdöllager verfügt und jährlich für Hunderte von Millionen Mark Erdölprodukte einführen muß, teilt das Interesse für das Auffuchen von Erdöllagerstätten mit dem Interesse für das Problem der Verflüssigung der Kohle, an dessen Lösung deutsche Chemiker mit Erfolg arbeiten.

HAUS UND LEBEN

Der weihnachtliche Glaube an das Kind.

Weihnachten sind wir alle gern einmal wieder Kind. Kind unter Kindern. Wie Kinder wollen wir gern überraschen. Wie Kinder freuen wir uns. Alles so herzlich und rein. So natürlich und liebend.

Wir sprechen vom Weihnachtsfeste als dem Feste der Familie, dem Feste des Kindes, dem Feste der Menschlichkeit. Welchen Namen wir dem Feste auch geben, nur der Name ist immer anders. Immer ist es nur ein anderer Name für die gleiche Seele und Tiefe und Innigkeit — für die Kindlichkeit, die dem Weihnachtsfeste sein Gepräge gibt und gab in allen Jahrhunderten.

Dem Kinde soll es vor allem gelten, das Weihnachtsfest. Ob wir, die wir erwachsen sind, nicht damit, ohne es zu merken, auch das Kind einmal fühlen und feiern wollen, das in jedem einzelnen von uns allen ist? Das Leben ist diesem göttlichen Kindlichen in uns zuwider. Das Leben ist auf so ganz anderes eingestellt. Muß der Mensch da nicht versuchen, wenigstens an Tagen, an einigen Feiertagen, dem zu dienen, das in ihm das Heiligste ist?

Am Alltagsleben haben wir es allerdings meist vergessen, daß da in uns allen etwas vom Kinde lebt. Versteckt, verschüttet und meist nur verkümmert. Aber es lebt da. Es ist da vorhanden. Rührt nur einmal diese zartesten Saiten der Tiefe eurer Seele, und ihr fühlt es, es ist das Kind in euch, das da sehnt und glaubt.

Das Genie hat es immer wieder ausgesprochen, daß es sich verwandt mit dem Kinde fühlt. Goethe, Hebbel, Hölderlin, alle die wunderbaren Schöpfermenschen, sie sahen im Kinde sich. In diesem Naturnahen und Unbefangenen. In diesem Liebenden, das die Welt nicht mit Nüchternheitsaugen betrachtet, sondern aus dem Gefühle einer tiefen Verbundenheit.

Sollte sich das Kind nur im Genie noch gerettet haben aus den Jahren der Kindheit hinaus? Nein! Auch in uns ist es geblieben. Wenn auch gedrückt und verzerrt. Wir brauchen nur einmal mit Kindern ganz wir selber zu sein, und wir fühlen es, daß auch wir immer noch Kind sind.

Die Kindheit ist nicht ein Stadium, das der Mensch überwindet, um es zu verlassen. Gerade heute hat die Wissenschaft es erwiesen, daß das stimmt, was der Naturphilosoph Rousseau vor 100 Jahren schon sagte: „Jedes Alter, jedes Lebensverhältnis hat seinen entsprechenden Höhepunkt, seine ihm eigentümliche Zeit der Reife.“ Die es vor den Werten zu retten gilt im Sinne des Menschen. Das Kind ist nicht minderwertig und nicht ein kleiner Erwachsener. Es ist Kind mit innigem Gefühle und voll

Feier eines unbewußten bindenden Dranges. Und das Kind muß Kind sein, daß es aus dem Höhepunkte seiner Kindlichkeit strömt in die Jugend, in die Reife, auch Jugend und Reife zu adeln und zu durchheiligen.

Ob nicht das große Staunen, das das schaffende Volk heute überall erfüllt dem Kinde gegenüber, und ob nicht diese Liebe zum Kinde, die da gerade heute in uns allen wach geworden, ob sie nicht ein Stück des großen Erwachens unserer Selbst ist? Das Ahnen von Tiefen, die es zu befreien gilt? Ja, diese große Liebe des schaffenden Volkes zum Kinde ist eine Erscheinung der großen Auferstehung des Menschen an dieser Wende der Zeit.

So sollen wir sein! So sollen wir bleiben! So werden Menschen alle einmal sein! So schlicht und so herzlich. So natürlich und so liebend. So echt. So genial groß. Dann, wenn nicht mehr Berechnung und Nüchternheit im Leben bestimmend sind, sondern der Mensch, nur die Idee, nur das Wahre und das Verbindende. Nur das Kind im Menschen. Nur im Menschen das herrliche Menschliche. Und es ist ein Ahnen von kommender Weihnacht, wenn wir jetzt mit Kindern Kinder sind.

Nur vom kämpfenden Volke wird dieses heilige Kindliche getragen, das da einmal der neuen Menschheit das Gepräge gibt. Seit Goethe wissen wir, daß die Altersstufen des einzelnen Menschen mit den Epochen der Weltkulturen zu vergleichen sind. Wie die einzelnen Menschen, so wachsen die Kulturen aus dem Unbewußten und Tiefen des Kindlichen ins zivilisatorische Nebewußte. Und dann ahnt die Menschheit in erstarrten Zivilisationen immer neu, von unten herauf, aus den unverdorbenen und unerdrauchten Schichten, die neue Kultur. Schlicht, menschlich, brüderlich, kindlich. Wir nennen es glaubend und solidarisch. Daß dieses tiefe Heilige des Menschen in einer neuen Ordnung der Gemeinschaft dann endlich bleibt!

Und so feiert nicht nur der einzelne Mensch am Weihnachtsfeste sich selber, das Kind in ihm selbst. So feiert die Menschheit am Weihnachtsfeste auch die Tiefe ihrer Seele. Das hohe Kindliche, das es zu befreien gilt. Mitten im wüsten Rennen und Jagen und Sorgen. Mitten in aller erstarrten Hirnzivilisation der Profitwirtschaft dieser Tage feiert die Menschheit am Weihnachtsfeste sich.

Aus den Hütten heraus wird der heilige Kindgedanke geboren. Da, wo Menschen gar nichts als sich selbst nur besitzen, da wird das hehre Neue erahnt und ersehnt und erkmmpft. Da, wo Menschen schon heute zusammenstehen aus einer Not, da schlummert das Göttliche.

Laßt es uns feiern! Glaubt an den Stern eurer Kindheit! Unser Kampf gilt einem heiligen Gedanken: der Mensch soll sein wie ein Kind. Dr. Gustav Hoffmann.

Die Gabe der Weissen.

Eine Weihnachtsgeschichte.

Von William Sydney Porter (O'Henry).
(1867 bis 1910).

Ein Dollar und siebenundachtzig Cents. Das war alles. Und sechzig Cents davon in Kupfermünzen. Pennys, die zu eins und zweit durch Einschüchterung des Krämers und Gemüsehändlers und Weggers erspart wurden, bis einem die Wangen in der stillen Scham des Almosenverlangens brannten, das ein solches Feilsschen einschloß. Dreimal zählte Della den fargen Besitz. Ein Dollar und siebenundachtzig Cents. Und der nächste Tag war der Christtag.

Es war klar, daß da nichts zu tun blieb, als sich auf den schäbigen, kleinen Divan hinzuwerfen und zu heulen. Und das tat Della. Was zu der moralischen Ermüdung ermuntert, daß das Leben aus Schluchzen, Seufzen und Wächeln bestehe. Wobei das Seufzen vorherrscht.

Während sich die Hausfrau nach und nach vom ersten Zustand in den zweiten hineinberuhigte, ließ sie das Heim an. Eine möblierte Zinswohnung zu acht Dollars die Woche. Man könnte sie nicht gerade als Bettlerwohnung beschreiben, aber sie sah ganz nach Bettlerschaft aus.

Im Vorraum unten war ein Briefkasten, in den kein Brief hineinging, und ein elektrischer Knopf, aus dem kein sterblicher Finger einen Ton hervorschießeln konnte. Auch gehörte eine Karte dazu, die den Namen trug: „Mr. James Dillingham Young“. Das „Dillingham“ war in einer früheren Zeit des Wohlstandes aufgepflanzt worden, da seinem Besitzer dreißig Dollars die Woche bezahlt wurden. Nun, da das Einkommen auf zwanzig Dollars die Woche geschrumpft war, sahen die Buchstaben in „Dillingham“ verwischt aus, gleich als ob sie ernstlich daran dächten, sich zu einem bescheidenen und anspruchslosen „D“ zusammenzuziehen. Aber so oft Mr. James Dillingham Young nach Hause kam und seine Wohnung oben erreichte, wurde er „Jim“ gerufen und von Mrs. James Dillingham Young, die ihn bereits als Della vorgestellt wurde, herzlich umarmt. Was immer gut tut.

Della endete ihr Seufzen und behandelte ihre Wangen mit der Ruderquaste. Sie stand am Fenster und sah trübfinnig einer grauen Katze nach, die auf einem grauen Zaun in einem grauen Lichthof lief. Morgen würde Christtag sein, und sie hatte nur einen Dollar und siebenundachtzig Cents, für die sie Jim ein Geschenk kaufen sollte. Sie hatte seit Monaten jeden Penny beiseite gelegt. Ein Dollar und siebenundachtzig Cents war das Ergebnis. Zwanzig Dollars die Woche reichen nicht sehr weit. Die Ausgaben waren größer gewesen als sie gerechnet hatte. Sie sind es immer. Nur einen Dollar und siebenundachtzig Cents, um Jim ein Geschenk zu kaufen. Ihrem Jim. Manah glückliche Stunde hatte sie damit zugebracht, sich etwas recht Schönes für ihn auszuwählen. Etwas recht Feines und Seltenes und gehaltvoll Dauerndes sollte es sein — etwas, das ein wenig der Ehre würdig wäre, Jims Eigentum zu werden.

Zwischen den Fenstern des Zimmers gab es einen Pfeiler-Spiegel. Vielleicht haben Sie schon einen Pfeiler-Spiegel in einer Zinswohnung zu acht Dollars gesehen? Eine sehr dünne und sehr bewegliche Person kann, wenn sie ihr Spiegelbild in einer raschen Folge von Längstreifen bemerkt, einen ziemlich genauen Begriff ihres Aussehens erlangen. Della, die schlank war, hatte die Kunst gemeistert.

Plötzlich wirbelte sie vom Fenster weg und stand vor dem Spiegel. Ihre Augen glänzten hell, aber ihr Gesicht hatte innerhalb zwanzig Sekunden seine Farbe verloren. Sie löste rasch ihr Haar und ließ es seiner ganzen Länge nach herabfallen.

Nun, bei den James Dillingham Youngs gab es zwei Besitztümer, auf die sie beide gewaltig stolz waren. Das eine war Jims goldene Uhr, die schon einmal seinem Vater und seinem Großvater gehört hatte. Das andere war Dellas Haar. Hätte die Königin von Saba in einer Zinswohnung gegenüber gewohnt, Della würde eines Tages ihr Haar zum Trodnen aus dem Fenster hängen gelassen haben, nur um die Juwelen und Gaben Ihrer Majestät zu entwerfen. Und wäre König Salomo der Türsteher gewesen und hätte er all seine Schätze am Straßenpflaster aufgehäuft, so würde Jim, so oft er vorübergegangen wäre, seine Uhr gezogen haben, bloß um zu sehen, wie sich der König Salomo aus Neid seinen Bart ausgerupft hätte.

Und so fiel nun Dellas schönes Haar an ihr herab und wellte sich und leuchtete wie eine Kastade braunen Wassers. Es reichte bis unter Dellas Knie hinab und wurde so fast zu einem Kleide für sie. Und dann knotete sie es nervös und rasch wieder hinauf. Einmal zögerte sie eine Minute lang und stand still, während eine oder zwei Tränen auf den abgebrauchten roten Teppich tropften.

Nun zog sie flugs ihre alte braune Jacke an; setzte flugs ihren alten braunen Hut auf. Mit einem Wirbel von Röcken und dem glänzenden Funken noch immer in ihren Augen, flatterte sie aus der Türe hinaus und die Treppen zur Straße hinunter.

Wo sie stehen blieb, stand auf einem Schild: „Madame Sophonra. Haarartikel aller Art.“ Della lief einen Stock hinauf und sammelte sich, leuchtend. Madame, groß, zu weiß, sah kaum wie eine „Sophonra“ aus.

„Wollen Sie mein Haar taufen?“ fragte Della.
„Ich kaufe Haare“, sagte Madame. „Nehmen Sie Ihren Hut ab und lassen Sie mich sehen, wie es aussieht.“
Die braune Kastade rollte nieder.
„Zwanzig Dollars“, sagte Madame, indem sie die Masse mit geübter Hand hob.

„Geben Sie sie mir rasch“, sagte Della.
Oh, und die nächsten zwei Stunden trippelten auf rosigen Flügeln vorüber. Vergiß den aufgewärmten Vergleich. Sie durchstöberte alle Geschäfte — es galt, ein Geschenk für Jim zu finden.

Sie fand es endlich. Es war sicherlich für Jim gemacht worden und sonst für niemand. Es gab in keinem der Geschäfte etwas Ähnliches, und sie hatte alle von innen nach außen gewendet. Es war eine Uhrkette aus Platin, einfach und keusch in der Zeichnung, seinen echten Wert durch das Material allein verkündend und nicht durch eine überladene Verzierung — wie dies alle guten Dinge tun sollten.

Sie war sogar der Uhr würdig. Sobald sie sie sah, wußte sie, daß sie Jim gehören müsse. Sie glied ihm. Friebfertigkeit und Wert — die Beschreibung taugte beiden. Einundzwanzig Dollars nahmen sie ihr ab, und sie eilte mit siebenundachtzig Cents nach Hause. Mit dieser Kette an seiner Uhr konnte Jim in jeder Gesellschaft nach der Zeit sehen. Denn wie großartig die Uhr auch war, er sah sie manchmal mit einer gewissen Scheu an und das wegen des Lederriemens, den er an Stelle einer Kette gebrauchte.

Als Della heimgekommen war, wick ihre Berauschtigkeit ein wenig der Klugheit und Vernunft. Sie nahm ihr Brennstein heraus, entzündete den Spiritus und ging daran, die Verzierung, die ihre Großherzigkeit, vermehrt um ihre Liebe, angerichtet hatte, wieder gutzumachen. Was stets eine ungeheure Aufgabe ist — eine Mammutaufgabe.

Innerhalb vierzig Minuten war ihr Kopf mit winzigen, dicht aneinander liegenden Boden bedeckt, was sie so wundervoll wie einen schuldschwänzenden Jungen aussehen ließ. Sie blickte lange, sorgfältig und kritisch auf ihr Bild im Spiegel.

„Wenn Jim mich nicht tötet“, sagte sie zu sich selbst, „ehe er einen zweiten Blick auf mich wirft, dann wird er sagen, daß ich aussehe wie eine Choristin von Coney-Island. Aber was konnte ich tun — oh! was konnte ich tun mit einem Dollar und siebenundachtzig Cents?“ (Die Geschichte spielt vor der Entdeckung des Röntgenstrahls in England. Anm. des Uebersetzers.)

Um sieben Uhr war der Kaffee fertig und die Bratpfanne stand hinten am Herd, heiß und bereit, die Kotelettes zu braten.

Jim kam niemals später. Della legte die Uhrkette in ihrer Hand zusammen und saß an der Tischseite nahe der Tür, durch die er immer eintrat. Dann hörte sie seinen Schritt auf den Stufen unten im ersten Stock und wurde einen Augenblick blaß. Sie hatte eine Gewohnheit, bei den einfachsten Alltagsdingen kleine, stumme Gebete zu sprechen und nun flüsterte sie: „Bitte, Gott, mache, daß er mich noch immer für hübsch hält!“

Die Türe ging auf. Jim trat herein und schloß sie. Er sah mager und sehr ernst aus. Armer Junge, er war erst zweiundzwanzig — und schon mit einer Familie behürdet! Er brauchte einen neuen Ueberrock und war ohne Handschuhe.

Jim schritt so behusam wie ein Spürhund, der Wachteln wittert, ins Zimmer. Seine Augen waren auf Della gerichtet, und es war etwas in ihnen, das sie nicht lesen konnte und das sie erschreckte. Es war weder Zorn noch Ueberraschung, weder Mißbilligung noch Schrecken noch sonst eines der Gefühle, auf die sie vorbereitet war. Er sah sie nur mit diesem wunderbaren Ausdruck in seinen Zügen fest an.

Della wand sich vom Tische hervor und ging zu ihm.
„Jim, Liebling“, rief sie, „sieh mich nicht so an! Ich ließ mir das Haar schneiden und verkaufte es, weil ich Weihnachten nicht hätte verleben können, ohne dir ein Geschenk zu machen! Es wird wieder wachsen — du wirst dir doch nichts daraus machen, nicht wahr? Ich mußte es einfach tun. Mein Haar wächst sehr, sehr rasch nach, sag' „Fröhliche Weihnachten!“, Jim, und seien wir glücklich! Du weißt nicht, was für ein herrliches — was für ein wunderhübsches Geschenk ich für dich habe!“

„Du hast dir dein Haar abgeschnitten?“ fragte Jim, mühsam, als ob er selbst nach der schwersten geistigen Arbeit noch nicht zu dieser interessanten Tatsache vorgebrungen wäre.

„Abgeschnitten und verkauft“, sagte Della. „Gefalle ich dir so weniger gut als sonst? Ich bin doch ich, auch ohne mein Haar, oder nicht?“

Jim sah befremdet im Zimmer herum.
„Du sagst, dein Haar sei fort“, sagte er, wobei er fast idiotisch ausah.

„Du brauchst nicht darnach zu suchen“, sagte Della. „Es ist verkauft, sagte ich dir, verkauft und fort, es ist der Weihnachtsabend, Junge! Sei gut zu mir, denn es geschah für dich! Vielleicht waren die Haare auf meinem Kopf gezählt“, fuhr sie mit einer plötzlich ernsthaften Stimme fort, „aber niemand konnte je meine Liebe für dich zählen. Soll ich die Kotelettes anrichten, Jim?“

Jim schien aus seinem Traume schnell zu erwachen. Er umarmte Della. (Zehn Minuten lang wollen wir mit diskreter Prüfung irgendeinen belanglosen Gegenstand in der entgegengesetzten Richtung betrachten!) Acht Dollars die Woche oder eine Million im Jahr — was ist der Unterschied? Ein Mathematiker oder ein Genie würde dir die unrechte Antwort geben. Die Weissen brachten wertvolle Gaben, aber diese war nicht darunter. Der dunkle Ausdruck wird später erhellt werden.

Jim zog ein Päckchen aus der Tasche seines Ueberrockes und warf es auf den Tisch.

„Tausche dich nicht über mich, Dell“, sagte er. „Ich glaube nicht, daß etwas der Art wie Haarschnitt oder Frisur oder Kopfwäsche mich mein Mädchen weniger lieben machen könnte. Aber wenn du das Päckchen aufmachen willst, wirst du erkennen, warum du mich zuerst eine Weile aus der Fassung gebracht hast.“

Weiße, flinke Hände zerrten an Bindfaden und Papier. Und dann — ein ekstatischer Freudenschrei, und dann — ach, ein weiblich rascher Wechsel zu hysterischen Tränen und Klagen, die eine sofortige Anwendung aller tröstenden Kräfte des Herrn des Hauses notwendig machte.

Denn da lagen die Kämmen — eine Garnitur von Kämmen, breite und schmale, die Della lange Zeit vor einem Schaufenster am Broadway angebetet hatte. Schöne Kämmen, reines Schildpatt, mit Juwelen an den Rändern — genau die Löwe, wie sie in dem schönen, verschwundenen Haar zu tragen gewesen wären. Es waren teure Kämmen, sie wußte es, und ihr Herz hatte nach ihnen einfach gehungert und sich, ohne die leiseste Hoffnung, sie je zu besitzen, nach ihnen gesehnt. Und nun gehörten sie ihr, aber die Flechten, die dieser begehrte Schmutz hätte schmücken sollen, die Flechten waren dahin.

Aber sie drückte die Kämmen an ihre Brust und endlich war sie auch fähig, mit trüben Augen und einem Wächeln aufzublicken und zu sagen: „Mein Haar wächst so schnell, Jim.“

Und dann sprang Della gleich einer ein wenig versengten Rage auf und rief: „Oh, oh!“

Jim hatte sein schönes Geschenk noch nicht gesehen. Sie hielt es ihm auf ihrer offenen Handfläche begierig hin. Das empfindungslose, kostbare Metall schien in einem Reflex ihres hellen und glühenden Geistes aufzublicken.

„Ist es nicht reizend, Jim? Ich lief durch die ganze Stadt, um es zu finden! Du mußt jetzt hundertmal im Tag nachsehen, wie spät es ist! Gib mir deine Uhr! Ich möchte sehen, wie die Kette daran aussieht!“

Anstatt zu gehorchen, warf sich Jim aufs Ruhebett, legte seine Hände unter den Kopf und lächelte.

„Dell“, sagte er, „legen wir unsere Weihnachtsgeschenke beiseite und heben wir sie uns auf! Sie sind zu reizend, um sofort in Gebrauch genommen zu werden. Ich verkaufte meine Uhr, um das Geld für die Kämmen zu haben! Und nun glaube ich, kannst du die Kotelettes anrichten!“

Die Weissen aus dem Morgenlande waren, wie wir wissen, weiße Männer — wundervoll weiße Männer — die dem Kindelein in der Krippe Geschenke brachten. Sie erfinden die Kunst, Weihnachtsgeschenke zu machen. Und da sie weiße waren, waren ihre Geschenke zweifellos weiße Geschenke, die vermutlich den Vorzug der Austauschbarkeit hatten, wenn sich eines als doppelt erwies. Und hier habe ich Ihnen etwas lahm den ereignisarmen Bericht von zwei dummen Kindern in einer Zinswohnung gegeben, die höchst unweise die größten Schätze ihres Hauses einander hinopfert. Aber mit einem letzten Worte an die Weissen dieser Tage sei gesagt, daß von all jenen, welche Gaben geben, diese die weissesten waren. Ja, von allen, welche solcher Art Gaben geben und empfangen, sind sie die weissesten. Ueberall sind sie die weissesten. Sie sind die Sieger. Uebersetzung von Max Hayek.

Arbeiterchaft und Betriebsrätegesetz.

Volle zehn Jahre sind seit der Schaffung des Betriebsrätegesetzes verstrichen. Selten ist wohl ein Gesetz mehr bekämpft und umklammert worden wie das Betriebsrätegesetz. Von den Arbeitgebern wird es bekämpft, weil es der Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen und ihrer Durchführung im Betriebe einräumte. Die Kämpfe der Unternehmer gegen das Betriebsrätegesetz haben sich von Jahr zu Jahr verschärft und heute werden alle Mittel benützt, um die Arbeiterschaft an dem Ausbau dieses Gesetzes zu hindern. Weiter standen bei der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes weite Kreise der Arbeiterschaft diesem Gesetz ablehnend gegenüber, weil sie von dem, was das Gesetz für die Arbeiterschaft gebracht hatte, enttäuscht waren. Die Kommunisten verwarfen das Gesetz ganz. Sie verwarfen ja im Prinzip alles, was die Gewerkschaften bis heute erreicht und geleistet haben. Bekämpft vom Arbeitgeber, abgelehnt von einem großen Teile der enttäuschten Arbeiterklasse, nahm das Gesetz seinen Anfang, das für die gesamte Arbeiterschaft eine große Bedeutung hatte. Bedenkt man das, dann muß ein Rückblick für die gesamte Arbeiterschaft von Interesse sein, ganz gleich, wie ihre Stellungnahme zum Gesetze selbst war.

Heute vertreten viele Arbeitnehmer die Auffassung, daß die Betriebsrätebewegung nicht mehr so aktiv sei wie in den ersten Jahren des Gesetzes. Man beachtet aber in diesen Arbeitnehmerkreisen zuwenig die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Man bedenkt nicht, daß gerade bei Gesetzen, an deren Auslegung nicht nur Einzelpersonen, sondern ganze Volksteile interessiert sind, die Machtverhältnisse im allgemeinen und weiter die Bewegungsfreiheit der mit der Durchführung dieser Gesetze vertrauten Personen eine große Rolle spielen. Beachtet man dieses, dann muß man einsehen, daß zwischen den ersten Jahren der Nachkriegszeit und der Gegenwart ein großer Unterschied besteht.

Bei der Schaffung des Betriebsrätegesetzes wurde eine in Jahrzehnten erkämpfte Forderung der Arbeiterklasse Wirklichkeit. Wenn uns das Gesetz auch nicht voll befriedigte, wenn es hinter dem ursprünglich Erwarteten zurückblieb, so bedeutete die Schaffung des Gesetzes für die Arbeiterklasse doch einen Machtzuwachs. Um aber die errungenen Rechte im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ausnützen zu können, fehlte es an geschulten Kräften. Gerade diejenigen, die die größten Forderungen gestellt hatten, denen zuwenig erreicht war, haben bei der Durchführung der errungenen Rechte am meisten verlagert.

Die Schaffung des Betriebsrätegesetzes war in der damaligen Zeit und unter ihren besonderen Verhältnissen vielleicht leichter als seine Wahrnehmung und Durchführung. Selbst heute, nach zehnjähriger praktischer Anwendung des Betriebsrätegesetzes und trotz jahrelanger Schulung und Belehrung der Betriebsräte, haben wir das, was uns das Gesetz gebracht hat, noch lange nicht bis ins letzte und kleinste ausgenützt.

Ist die Betriebsrätebewegung in den ersten Jahren nach der Schaffung des Gesetzes mehr aktiv gewesen, so lag dieses gewiß nicht nur an den Betriebs- oder Arbeiterräten, sondern auch an den Belegschaften der einzelnen Betriebe. Während zu der damaligen Zeit die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe geschlossen hinter den Forderungen ihrer Betriebsvertretung stand, bleibt heute diesbezüglich viel zu wünschen übrig. Wer praktisch als Betriebsrat tätig ist, wird das bezeugen müssen. Heute ist es ja dem Betriebsrat in den meisten Fällen unmöglich, für Klagen, die rechtlich nur zu unseren Gunsten entschieden werden können, die Zustimmung eines Arbeiters zu erlangen.

Gerade in den ersten Jahren der Nachkriegszeit, in denen so manche Forderung der Arbeiterschaft verwirklicht wurde, war auch das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft gestiegen, und sie forderte damals mit Nachdruck die Anerkennung ihrer Rechte vom Arbeitgeber. Dadurch, daß die Arbeiterschaft damals mit Nachdruck die Anerkennung ihrer errungenen Rechte verlangte, und weil auch zu dieser Zeit der Arbeitgeber durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gezwungen war, der Arbeiterschaft Zugeständnisse zu machen, haben wir auch bezüglich der Betriebsvertretung vieles erreicht, was heute nur unter schwersten Kämpfen und Auseinandersetzungen möglich wäre.

Die folgenden Jahre brachten einen Machtzuwachs des Arbeitgebers. Diese Jahre zeigten aber auch immer deutlicher den Arbeitgeber als Gegner des Betriebsrätegesetzes. Unzählige Syndikats der Arbeitgeber versuchen heute, die Rechte der Betriebsräte zu beschneiden. Die Stellung der Betriebsräte ist heute durch die verschiedensten Umstände schwieriger als je. Auf der einen Seite die Aktivität der Juristen der Arbeitgeber, auf der anderen Seite die Gleichgültigkeit der Belegschaft der einzelnen Betriebe, welche letztere an der Tätigkeit des Betriebsrates nur immer wieder Fehler aufzuspüren sucht und Kritik übt.

Manchem guten Funktionär der Gewerkschaft hat man durch ungerechte Kritik, die ihn in seiner Eigenschaft als Betriebsrat traf, die Freude an gewerkschaftlichem Streben und gewerkschaftlicher Arbeit genommen. Man darf nicht immer sagen, daß der Betriebsrat seine Pflicht nicht erfüllt, sondern man muß auch die Einstellung der Belegschaft dabei berücksichtigen. Wo eine gut organisierte, auf ihre Rechte pochende Belegschaft ist, wird die Arbeit des Betriebsrats von selbst gut sein.

Anderes liegen ja die Verhältnisse, wenn die Vorsitzende des Betriebs- oder Arbeiterrats seiner Stellung nicht gewachsen ist. Deshalb sollte man von Seiten der Belegschaften bei der Aufstellung der Mitglieder zum Betriebsrat die größte Vorsicht walten lassen. Hier wird oft zuviel auf rein persönliche Momente Rücksicht genommen. Dadurch sind es nicht immer die geeignetsten Kameraden, die als Vertreter der Arbeiterschaft in die Betriebsvertretung gelangen. Wir sind dadurch, daß Kameraden, ohne ihrer Aufgabe gewachsen zu sein, den Posten eines Betriebsratsvorsitzenden bekleiden haben, heute in manchen Betrieben soweit gekommen, daß man die Wahl und den Betriebsrat selbst als Formsache ansieht.

Gerade in den heutigen Zeiten, in denen man mit allen Mitteln versucht, die Errungenschaften der Arbeiterklasse abzubauen, müssen wir mit allem Ernst versuchen, die uns gewährten Rechte zu gebrauchen und auszubauen. Das Betriebsrätegesetz hat uns Rechte gebracht. Wir haben heute viele Betriebe, in denen der Betriebsrat seine Pflicht tut und seine Rechte zu wahren weiß. Wir müssen sorgen, daß in allen Betrieben der Betriebsrat das sein wird, was er im Interesse der Arbeiterklasse und nach Recht und Gesetz sein mußte. Wir müssen in anderen Betrieben, wo es sich um uns zustehende Rechte handelt, aktiver werden, müssen daran denken, daß der Stillstand Rückgang bedeutet. Wir dürfen dem Betriebsrätegesetz nicht interesselos und gleichgültig gegenüberstehen. Unsere Pflicht ist es, nach Können und Fähigkeit mitzuarbeiten an seinem Ausbau. Schiden wir Kameraden in den Betriebsrat, die den Willen und die Fähigkeit haben, für uns das Beste und Günstigste durch ihre Tätigkeit im Betriebsrat herauszuholen, dann wird auch das Betriebsrätegesetz sich günstig für die gesamte Arbeiterklasse auswirken.

M. Werner.

Aus dem Saargebiet.

Revierkonferenz des Bezirks Saarbrücken.

Am 7. Dezember fand für den Bezirk Saarbrücken eine Revierkonferenz statt, welche sich mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage im Reich und im Saargebiet mit der Forderung von Bergarbeiterbeschäftigung sowie der Spaltungspolitik der Kommunisten beschäftigte.

Das Mitglied des Hauptvorstandes Kamerad Bledmann (Bochum) hielt ein Referat über die weltökonomische Lage (Verbindung) und die Lage im deutschen Bergbau. Als zweiter Redner sprach der Bezirksleiter Schwarz über die besondere Lage im Saargebiet und im Saarbergbau. Nachstehende Entschlüsse wurden von der Konferenz angenommen:

I.

„Die am 7. Dezember 1930 im Arbeiterwohlfahrtsheim in Saarbrücken tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands protestiert dagegen, daß die Bergarbeiterfamilien abgewälzt wird.“

Sechzehn Feiertage haben im Laufe des Jahres das Einkommen der Bergarbeiter und damit ihre Kaufkraft verringert. Dazu sind die Gehaltssätze im Laufe des Jahres gesunken. Bisher gezahlte Zulagen wurden abgebaut, 1500 Arbeiter entlassen, mehrere hundert zwangspensioniert. Das Vorgehen der Generaldirektion der Saargruben ist nicht geeignet, die Wirtschaftskrise im Saargebiet zu beheben.

Die Revierkonferenz weist erneut darauf hin, daß der französische Staat, derzeitiger Besitzer der Saargruben, jährlich mehr als 20 Mill. Lo. Kohlen einführt, und erwartet, daß derselbe durch Mehrverbrauch der eigenen Saarkohle zur Beseitigung der Feiertage und dadurch zur Hebung der Kaufkraft der Bergarbeiter beiträgt.

Angesichts der Bestimmungen zwecks Ausbau der Saarkohlenpreise warnt die Konferenz allen Ernstes die Generaldirektion der Saargruben, eine Kohlenpreismäßigung auf Kosten der unzureichenden Bergarbeiterlöhne zu erwägen.“

II.

„Die am 7. Dezember 1930 in Saarbrücken tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saarbrücken) fordert infolge der sich häufenden Massenunfälle, von welchen auch der Saarbergbau nicht verschont blieb, von der Regierungskommission, Bergbehörde und Grubenverwaltung den Ausbau der Unfallverhütungsvorschriften und der Gesetzgebung.“

Die Konferenz sieht in der Erfüllung nachstehender Anträge die Vorbeugungsmaßnahmen, um Einzel- und Massenunfälle einzuschränken:

1. Errichtung eines Grubensicherheitsamtes für den Saarbergbau unter Teilnahme der Bergarbeiterverbände;
2. Einführung von Grubenkontrollen aus Arbeitnehmerkreisen nach preußischer Gesetzgebung;
3. Vertretung der Bergarbeiterverbände beim Oberbergamt;
4. Schutz der Sicherheitsmänner infolge Ausübung ihrer gesetzlichen Pflicht;
5. Teilnahme an der Untersuchung von Unfällen über Tage durch das Arbeiterschauschußmitglied sowie dessen Entlassungsschutz;
6. Beschäftigung der Wettermänner mit Arbeiten der Grubensicherheit und Schutz gegen Entlassung;
7. Auflösung der Wettermänner und Schießmeister von der Förderabteilung;
8. Beseitigung der Förderprämien an Beamte;
9. Aushändigung der Bergpolizeibestimmungen an die Sicherheitsmänner;
10. Fachunterricht in den Bergschulen über Bergbaugesfahren und Sicherheitsbestimmungen.

Die Konferenz erwartet, daß die in Frage kommenden Instanzen, besonders die Regierungskommission, die rückständige Unfallverhütungsgesetzgebung im Saargebiet unter Beachtung obiger Anträge verbessert.“

III.

„Die am 7. Dezember 1930 in Saarbrücken tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saarbrücken) weist die unwahren Behauptungen der kommunistischen Partei und ihrer gewerkschaftlichen Spaltungsinstrumente, der RGO., daß der Verband der Bergbauindustriearbeiter zahlstollen (halte, zurück.“

Die Verbandsinstanzen werden durch systematisch auf Anweisung hervorgerufene Verstöße gegen die Verbandsstatuten im Interesse der Disziplin und Einheit des Verbandes zur Abwehr gezwungen.

Nach dem Protokoll der Tagung der Roten Gewerkschaftsinternationale sind die Anhänger der R.P.D. verpflichtet, eigene sogenannte revolutionäre Gewerkschaften zu gründen, und die Mitglieder der freien Gewerkschaften in kompakter Masse in diese neugegründete Organisation zu überführen. Die kommunistischen Gewerkschaftsgründungen bedeuten eine Zerspaltung der freien Gewerkschaftsbewegung und dienen den Unternehmern.

Die Revierkonferenz verurteilt die kommunistische Spaltungspolitik der im Saargebiet besonders starken Bergarbeiterbewegung und richtet den Appell an alle Saarbergarbeiter, einmütig jeden Spaltungsversuch des Verbandes abzuwehren.

Die heutige Zeit der Krise und das einmütige Vorgehen der Unternehmer gegen die Errungenschaften der Arbeiterschaft erfordert eine geeinte, gesunde, schlagkräftige Organisation. Darüber hinaus hat die Saarbergarbeiterschaft wichtige, ihrem Wirtschaftsinteresse dienende Zukunftsaufgaben entscheidend zu beeinflussen. Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben können nur von Organisationen gelöst und mißbestimmt werden, in denen Verantwortungsgefühl, Solidarität und reale Arbeit Grundzüge bedeuten. Solche Organisation ist und bleibt der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!“

IV.

„Die im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saarbrücken) organisierten jugendlichen Bergarbeiter fordern die Bergwerksdirektion und die Saarregierung auf, endlich die Forderungen der Bergbaujugend auf Erholungsurlaub, bessere Bezahlung, Kürzung der Lehrzeit, Schaffung bergmännischer Fortbildungsschulen, deren Besuch gegen Bezahlung in die Arbeitszeit zu verlegen ist, nachzukommen. Wir verweisen auf unsere früheren Entschlüsse und fordern endlich deren Durchführung.“

Von der Verbandsleitung, der wir vollstes Vertrauen entgegenbringen, verlangen wir energisches Einsetzen, um in absehbarer Zeit die Verwirklichung unserer Forderungen zu erreichen. Die Bezirks-Jugendkommission.“

Altenwald. Ab 17. Dezember erfolgt die Bücherausgabe jeden Mittwoch, nachmittags von 4.30 bis 6 Uhr, bei Baptist Moter in Altenwald, Birnenstraße 10.

Aus dem Ruhrgebiet.

Dr. Mathias im Kampf gegen die Unfälle.

Zur Bekämpfung der Unfälle richtet die Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion II in Bochum Spezialabteilungen ein. So hat man den Bergassessor Dr. Mathias mit der Bearbeitung bzw. Bekämpfung der Unfälle durch Stein- und Kohlenfall beauftragt. Der Herr ist nun schon seit einigen Jahren auf diesem Gebiet tätig. Seine bisherigen Erfahrungen und das gesammelte Material hat er in einer Schrift zusammengefaßt, die vor einigen Monaten gedruckt wurde. Unsere Bemühungen, davon einige Exemplare zu bekommen, waren vergebens. Die Schrift erschien im Selbstverlag der Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion II und wurde nur an die Zeichen abgegeben. Nachdem uns nun doch ein Exemplar in die Hände gefallen ist, wird es uns klar, warum man so geheimnisvoll tut.

Dr. Mathias kollidiert mit seiner Schrift stark mit der geltenden Anschauung über die Unfallursachen und ihre Bekämpfung. Wollte man seinen Ansichten folgen, dann müßten auch die bergpolizeilichen Vorschriften einer ausgedehnten Reform unterzogen werden, einer Reform allerdings, die nicht für die Grubensicherheit spricht. Zugegeben, daß in dem Schriftchen mancher gute Gedanke enthalten ist, so bewegt sich doch der wesentliche Inhalt auf Wegen, die ungangbar sind. Dr. Mathias hat einen Fehler begangen. Er hat sich seine Informationen und Ansichten bei den Werkleitungen geholt und so finden wir in seinem Schriftchen Gedanken, die in den letzten Jahren einen Widerstreit bilden zwischen den Bergbauunternehmern einerseits und einschlägigen Kreisen andererseits. Ja, man muß sagen, daß die Mathias-Schrift zu zwei Dritteln ein Nationalisierungsbuch und nur zu einem Drittel Unfallverhütungsbuch ist.

Blindorbitriebe sollen nach der geltenden Bergpolizeiverordnung nur ein Notbehelf sein. Nach Dr. Mathias darf man sagen, daß Blindorbitriebe bei raschem Abbautempo keine Bedenken wegen Erhöhung der Steinfallgefahr haben. Mit derselben „Gründlichkeit“ geht Dr. Mathias den Sicherheitsfeiern zu Leibe. Einfach weg damit! Ein allgemeines Bild über die Auffassung Dr. Mathias' gewinnt man aus folgendem: Die Frage der Neugestaltung des Berggesetzes sei viel umstritten. Angeregt aber durch Erfahrungen im ausländischen Steinkohlenbergbau und ausgerüstet mit den Ergebnissen eigener Betriebsforschung und -beobachtung, habe man teilweise neuartige Anschauungen über das Wesen und das Verhalten des Berggesetzes entwickelt. „Es lassen sich“, so sagt Dr. Mathias, „im wesentlichen zwei Ansichten herausarbeiten.“ Die einen sagen, daß der Vollertrag nach wie vor die wesentliche Verhärter bleiben werde. Er bietet die beste Gewähr gegen Unfälle von Stein- und Kohlenfall. Auch diese er die Gewähr besserer Wetterführung als der Teilvertrag. Zudem könnten sich im alten Mann größere Mengen von Grubengas ansammeln. „Die andere Seite“, so sagt Mathias, „weist auf Erfahrungen des Auslandes hin, besonders des nördlichen und des britischen Bergbaues.“ Dort sei die Zahl der Unfälle durch Stein- und Kohlenfall auffallend viel geringer als im Ruhrgebiet, und da die Bergleute in Ost- und Westfalen planmäßig zur Selbstüberwachung und Vorrichtung erzogen worden seien, habe die Schlagwettergefahr sehr viel an Bedeutung verloren. Wirklich jagt dann Dr. Mathias: „Ueber die Möglichkeit und die Richtung der Durchführung von Abbauten mit planmäßigem Teilvertrag ist man sich grundsätzlich klar und will nun die aus-

sicherheitlichen und wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigte Freiheit des Handelns erlangen.“

Die Freiheit des Handelns verlangt Dr. Mathias auch an anderen Stellen seines Buches. Am Schluß des Buches sagt er: „Die Bergwerksindustrie ist eifrig bestrebt, ihren sicherheitsfördernden Gedanken und Absichten möglichst weite Verbreitung zu verschaffen. Zu diesem Zweck wird umfangreiche Erziehungsarbeit geleistet.“ Das Wort „Aufklärungsarbeit“ hört sich besser an, aber über Erziehung, worunter man auf dieser Seite den Kasernenhofdrill versteht, kommen diese Leute nicht hinaus. Wenn man sich oft die sogenannten Lehrschwermächter, die im Sinne des Dinta aufgezogen sind, ansieht, dann hat man genug. Kadavergehorsam, militärische Grußpflicht und anderer Blödsinn spielen dort eine größere Rolle als wirkliche Erziehung zum persönlichen Handeln. Einer unserer Mitarbeiter fragte einmal einen englischen Bergbaufachmann, welche Ansichten er über die höhere deutsche Unfallziffer gegenüber der englischen habe. Er bekam zur Antwort: „Der Deutsche ist ein Leberorganisations. Er organisiert die Menschen zu großen Körpern, wobei das Gehirn des einzelnen ausgeschaltet und der Befehlsgewalt eines einzelnen untergeordnet wird. Auf das Individuum wird kein Wert gelegt. Es verkümmert und wird unfähig zur selbständigen Handlung. Im Kampf gegen die Unfälle im Bergbau kommt es aber nur auf die Handlung des einzelnen an.“

Solange es eine kapitalistische Bergbauwirtschaft gibt, haben sich die Unternehmer gegen die Aufklärung der Bergarbeiter gestäubt. Auch die jetzt durchgeführte Schulung der Bergleute erfolgte auf Betreiben der Bergarbeiterorganisationen gegen den Willen der Unternehmer. Weil man schon immer den Bergarbeitern die menschlich naheliegende Ausbildung fehlen ließ, mußte man zwangsläufig zu anderen Mitteln greifen: man versucht, die Handgriffe des Bergmanns durch Paragraphen aus der Ferne zu lenken. Dadurch kommt es, daß der Bergmann die Vorschriften als etwas Widerwärtiges ansieht, als Sachen, die man nur erlassen hat, um ihn zu peinigen. Er hat kein Vertrauen, weder zu den Beamten der Zeche, noch zu der Bergbehörde. Und es ist äußerst schwer, ihm das Vertrauen zur Bergbehörde, und vollkommen unmöglich, ihm das Vertrauen zu den Zechenbeamten beizubringen.

Wenn Dr. Mathias auf den ausländischen Bergbau hinweist, dann sei ihm gesagt, daß in England der Unternehmer für die auf seinen Wert entfallenden Unfälle selbst aufzukommen hat. Kein Unternehmer hat das Recht, den Bergmann zu bestrafen. Ueberhaupt kann von einem Vorgesetztenverhältnis in England keine Rede sein. Der Arbeitnehmer ist ein Vertragskontrahent im Sinne jeglicher Verträge, die zwischen Menschen abgeschlossen werden. Die ausländischen Bergarbeiter werden nicht so ausgenutzt wie die deutschen, sie werden nicht angetrieben bis zur Ohnmacht. Sie schufen nicht, sie arbeiten! Den deutschen Bergbauunternehmern die Freiheit des Handelns überlassen heißt die Unfallgefahr ins Maßlose zu steigern. Herr Dr. Mathias jäumt das Pferd am Schweiß auf!

Die 51. Beitragswoche

läuft vom 14. bis 20. Dezember 1930

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Bezirk Oberschlesien. Brutale Unternehmerwillkür.

Für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau fanden am 10. Dezember Verhandlungen zwischen dem Unternehmerverband und den Gewerkschaften statt wegen der am 31. Dezember d. J. ablaufenden Tarifverträge (Manteltarif und Mehrarbeitsabkommen). Ein Lohnvertrag besteht bereits seit zwei Monaten für diesen Bergbaubezirk nicht mehr, nachdem der Reichsarbeitsminister den vorliegenden Schiedspruch, welcher dieselben Löhne wieder in Kraft setzte, nicht für verbindlich erklärte. Die Unternehmer forderten in den anstehenden Verhandlungen neben zahlreichen anderen Verschlechterungen im Manteltarifvertrag einen Abbau der Löhne um 12 Prozent. Sie verlangten das unter der Begründung einer bereits von ihnen ab 1. Dezember d. J. durchgeführten sechsprozentigen Senkung der Kohlenpreise. Als die Gewerkschaftsvertreter ein Eingehen auf diese Forderung ablehnten und in Anbetracht der außerordentlich niedrigen Löhne im Revier und der günstigen wirtschaftlichen Lage des ober-schlesischen Steinkohlenbergbaues noch eine Lohnaufbesserung für notwendig erachteten, erklärten die Unternehmer, daß sie zwar den Schlichter anrufen würden, aber der Gesamtbelegschaft des Reviers (50 000 Mann) am Montag, dem 15. Dezember, die Kündigung der Arbeitsverträge zustellen würden.

Brutaler, als es in diesem Fall die Unternehmer des ober-schlesischen Bergbaues machen, ist seit langen Jahren im Bergbau sowie in keinem Tarifbezirk gehandelt worden. Der ober-schlesische Bergbau gehört zu den besten der deutschen Kohlenreviere. Derselbe hat in einer Zeit, wo in anderen Bergbaurevieren zahlreiche Feierschichten eingelegt werden mußten und außerordentlich hohe Halbenbestände vorhanden waren, von einer Wirtschaftskrise nichts gemerkt. In jener Zeit erhöhten sich die Belegschaftsziffern immer mehr, ebenso stieg die Produktion. Erst im Laufe des Jahres 1930 hat zum erstenmal der ober-schlesische Steinkohlenbergbau erfahren, daß auch er von der Wirtschaftskrise erfaßt worden ist. Trotz alledem wird aber keiner behaupten und beweiskräftig begründen wollen, daß es dem dortigen Bergbau jetzt wirtschaftlich schlecht geht. Zum Beweise dafür diene folgendes:

Die Belegschaft beträgt gegenwärtig rund 48 000 Mann. Der Durchschnittslohn je Mann und Schicht betrug nach den Veröffentlichungen des ober-schlesischen Unternehmerverbandes im August d. J. je Mann und Schicht 6,91 M., während derselbe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau 9 M., im Aachener Bezirk 7,93 M., im sächsischen Steinkohlenbergbau 7,65 M. und in dem schlechtesten Steinkohlenrevier, Niederschlesien, 6,57 M. betrug. Selbst der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau steht mit seinen Löhnen im August d. J. von pro Schicht 7,46 M. wesentlich über dem Verdienst des ober-schlesischen Steinkohlenbergarbeiters. Erwiesen ist, daß im letzteren Revier die Löhne des Bergarbeiters außerordentlich tief stehen, daß dahingegen die Leistung bzw. der Förderanteil im Revier bedeutend höher ist als in allen anderen Steinkohlengebieten.

So betrug der Förderanteil je Mann und Schicht in den einzelnen Kohlenrevieren (in Kg.):

| | Ober-schlesien | Ruhr-Revier | Nieder-schlesien | Sachsen | Wachsen |
|-------------------------|----------------|-------------|------------------|---------|---------|
| Jahresdurchschnitt 1913 | 1139 | 943 | 669 | 710 | 764 |
| 1930: Januar | 1355 | 1299 | 849 | 665 | 996 |
| Mai | 1413 | 1331 | 848 | 688 | 979 |
| August | 1479 | 1373 | 859 | 705 | 985 |

Wie ersichtlich, hat der ober-schlesische Bergbau eine ständige Steigerung des Schichtförderanteils je Mann und Schicht zu verzeichnen, die vielleicht zur Zeit auf 1500 Kg. gesteigert sein dürfte. Der Schichtförderanteil je Mann und Schicht ist aber maßgebend für die Lohnkosten am gewonnenen Produkt und ebenso auch für die gesamten Selbstkosten des Werkes. Tatsache ist nun, daß die reinen Lohnkosten sich auch im Laufe der letzten Jahre ständig gesenkt haben. So betragen die Arbeitslohnkosten 1930: im Januar je Tonne 5,11 M., im Mai 4,87 M., im August 4,67 M. Tatsache ist, daß in keinem anderen deutschen Steinkohlenrevier die Lohnkosten je Tonne Kohle so niedrig sind wie in Oberschlesien, sie sind hier am tiefsten. Ferner ist unbestritten, daß die Materialkosten sich im Laufe des Jahres 1930, insbesondere aber im Laufe der letzten Monate, ganz erheblich gesenkt haben. Wenn die Unternehmer des dortigen Bergbaues, wie auch in anderen Revieren, ständig behaupten, daß sie bisher weder ermäßigte Holzpreise, noch andere ermäßigte Materialkosten hätten, so liegt das allein an den getätigten Abschlüssen und Verträgen. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, die man aber sehr oft im Leben machen kann, daß die Unternehmer bei Ermäßigung der Preise noch auf angeblich alte Verträge sich berufen, während beim Steigen der Materialpreise man sehr schnell die erhöhten Sätze in Anwendung bringt. Die Belegschaften von Oberschlesien werden sich auch durch dieses Vorgehen der Grubenverwaltungen und des dortigen Unternehmerverbandes nicht beirren lassen!

Bezirk Nordhausen.

Die Stilllegung der Gewerkschaft Vollenroda bei Menteroda.

Im kommunistischen „Thüringer Volksblatt“ wird unter obiger Überschrift, die an sich irreführend ist, Propaganda gemacht für die Gründung einer Industrie-Gruppe der RSD. Es versteht sich, daß Hand in Hand damit gefordert wird, revolutionäre Vertrauensleute zu wählen und die kommenden Betriebsratwahlen entsprechend vorzubereiten. In diesem Artikel wird auch in Verbindung mit den wiederholten Gasausbrüchen versucht, dem Arbeiterrat eins auszumischen, da dieser angeblich nicht bei diesen Vorgängen die Interessen der Belegschaft vertreten habe. Der Arbeiterrat sieht sich deshalb veranlaßt, zu den in dem vorbezeichneten Artikel gemachten Ausführungen folgendes festzustellen:

1. Es ist aus den Fingern gesogene Unwahrheit, daß der Arbeiterrat sich nicht darum gekümmert habe, daß alle Sicherheitsmaßnahmen beachtet und durchgeführt wurden. Der Artikelschreiber scheint entweder nicht im Schacht tätig zu sein (was wir annehmen) oder er hat die ganze Zeit bei den verschiedensten Gasausbrüchen aus purer Angst getrippelt. Wenn das letztere zutreffen sollte, dann ist es aber auch geradezu unverantwortlich von ihm der Belegschaft gegenüber, daß er die Explosion in der Pfingstwoche, bei der drei Todesopfer zu beklagen waren und die er angeblich vorausgesehen hat, durch sein Eingreifen nicht verhinderte. Zum mindesten hätte er dem Sicherheitsmann entsprechende Mitteilung machen müssen. Da keines

von beiden geschehen ist, sind die Ausführungen in dieser Hinsicht nur nach der agitatorischen Seite hin für die Kommunistische Partei zu werten. Es schimpft sich ja so schön aus der Ferne und man will sich bei denen, die nicht alle werden, eine Nummer verschaffen.

Der Arbeiterrat hat hinsichtlich der Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen alles getan, was menschenmöglich war, die Sicherheit der Belegschaft zu schützen.

2. Während nun dem Arbeiterrat vorgeworfen wird, daß er seine Pflicht hinsichtlich der Sicherheit der Belegschaft nicht erfüllt habe, wird im gleichen Atemzuge behauptet, der Betriebsrat mache Ueberschichten, während die Belegschaft größtenteils feiern müsse. Dazu ist folgendes zu sagen: Durch die letzten Gas- und Delausbrüche sah sich die Bergbehörde veranlaßt, die Gewinnung von Kalisalzen zu untersagen bis zur Beseitigung der auftretenden Gase. Das hatte zur Folge, daß die Verksleitung der Belegschaft das Arbeitsverhältnis aufkündigte und nur ein Teil der Belegschaft zu den notwendigen Arbeiten herangezogen wurde. Dabei haben auch die Mitglieder des Betriebsrats ausnahmslos mitfeiern müssen. Nur der Betriebsratsvorsitzende mußte in seiner Eigenschaft als Sicherheitsmann täglich die Befahrung des Schachtes vornehmen, wozu wir ihn als verpflichtet betrachten. Nur so war es möglich, daß der Arbeiterrat die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen auch überwachen konnte. Es trifft wider zu, daß die Betriebsratsmitglieder, wie in dem Artikel behauptet wird, während der Feierschichten jede Schicht verfahren hätten, noch daß sogar Ueberschichten von den Betriebsratsmitgliedern verfahren worden wären. Von dieser Tatsache hätte sich der Artikelschreiber durch Einsicht der Kontrollkarten der Betriebsratsmitglieder überzeugen können. Da er das nicht getan hat, muß ihm nachgelagt werden, daß er vorzüglich die Mitglieder des Betriebsrats verleumdete wollte.

3. Dem Arbeiterrat ist nichts davon bekannt, daß auf Vollenroda Arbeiter von Beamten geprügelt worden wären. Wäre ihm ein derartiger Vorgang zu Ohren gekommen, dann brauchen wir wohl nicht besonders zu versichern, daß wir energig dagegen eingeschritten wären. Auch dem Artikelschreiber dürfte bekannt sein, daß der Arbeiterrat auf Vollenroda immer sehr großen Wert darauf gelegt hat, daß die Beamten mit der Belegschaft in anständiger Art und Weise umzugehen haben, und er ist immer dann eingeschritten, wenn ein Beamter einmal über die Stränge schlug.

4. Wenn Abmachungen getroffen worden sind, dann wurden diese im Einverständnis mit dem Verband der Bergbau-Industriearbeiter festgelegt. (In Frage kommt hier die Entschädigung der Belegschaft für die ausgefallenen Feierschichten.) Derjenige aber ist unehrlich, welcher sagt, daß diese Abmachungen, soweit ein Rechtsanspruch der Belegschaft bestand, zum Nachteil für diese getroffen worden wären.

5. Wir erklären, daß das, was auf Vollenroda durch das Wirken des Arbeiterrats für die Belegschaft getan worden ist, nur durch die Einigkeit der Belegschaft geschaffen werden konnte. Der Versuch, durch diesen Artikel im „Thüringer Volksblatt“ die Einigkeit der Belegschaft zu unterwühlen, muß von uns ganz entschieden zurückgewiesen werden, und fordern wir deshalb die Belegschaft auf, die Einigkeit und Geschlossenheit auch fernerhin wie bis jetzt durch den restlosen gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu wahren, denn nur so ist es dem Arbeiterrat möglich, die Rechte der Belegschaft in jeder Hinsicht vertreten zu können.

Für Ihn!
Das Geschenk das Ihn
sicher gut gelaunt macht.

Rasierklingen
in schönen Geschenkpackungen
30 Stück RM. 4,05
nicht teurer als im Einzelverkauf

ROTBART MOND-EXTRA

Roth - Büchner A.-G., Spezialfabrik für Rasierapparate u. Rasierklingen, Berlin - Tempelhof B.E.

